

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großschönau

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 72208. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72208

**Inseratenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 25 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf., Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10. Spalte, Kolonelle mit 50%, Nachl. Reklamezeile 2 Wk. Inlerate v. ausm. die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorrat, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Wk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Ausstatter, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen

## Katholischer Klerus und Bürgerblock.

### Geheime Vorverhandlungen?

Die katholischen und die evangelischen Christen können sich bekanntlich „nicht riechen“. So oft auch von Fall zu Fall oder für eine Weile grundsätzlich die an Martin Luther orientierten Rechtsparteien und das von katholisch-kirchlichen Bedürfnissen beherrschte Zentrum Hand in Hand gegangen sein mögen — immer bleiben zwischen ihnen Spannungen bestehen, die auch in der Gegenwart noch in der stereotypen Bezeichnung der Zentrumsleute als „Königlinge, Ultramontane usw. Ausdruck finden. Mit teuflichem Mumm haben unsere Nationalliberalen und Konservativen ihrer Entrüstung über gelegentliche „Einmischungen“ des katholischen Episcopats in die deutsche Politik je und je zornvoll Ausdruck gegeben. Die Deutschnationalen und Volksparteiler unserer Zeit sind auch in dieser Beziehung den Fußspuren ihrer Väter und Väterväter gerne und häufig gefolgt.

Um so mehr verblißt es, zu sehen, mit welchem Vergnügen nunmehr ausgerechnet die volksparteiliche Presse verzeichnet, daß die Wendung des Zentrums zur Bürgerblockpolitik auf geheime Einwirkungen des hohen katholischen Klerus zurückzuführen ist. Zwar hat die deutschnationale Presse das richtige Gefühl dafür, daß derartige Mitteilungen in den protestantischen Rechtskreisen Bestreben gegenüber der Bürgerblockregierung erzeugen müssen. Und da den Deutschnationalen eine besondere Intimität mit den Bürgerblockmachern im Zentrum nachgelagt wird, so erklärte der Berliner Lokalanzeiger schon im Voraus alle Meldungen über die Einflüsterung des katholischen Klerus auf das Zentrum für falsch. Wohlgerne, das geschah, noch ehe von irgendjemand Seite auf diese Dinge hingedeutet worden war. Erst danach hat das Organ Stresemanns, die Tägliche Rundschau, die Rahe aus dem Saß gelassen, indem sie erklärte, „daß in einem kleinen Kreis von Zentrumsführern, die wohl auch mit dem höheren Klerus in Verbindung gestanden haben, und einem Kreis von Deutschnationalen schon seit einiger Zeit Verhandlungen mit dem Hinblick auf die Möglichkeit einer Verständigung gepflogen worden sind.“

Der Vorwärts bemerkte dazu am Sonnabend: „Man begreift jetzt besser als zuvor, warum die Rechtspresse die Beteuerungen des Zentrums, es denke nicht daran, in den Bürgerblock zu gehen, keinen Augenblick ernst genommen hat.“ In ihrer Wochenschau vom Sonntag unterstreicht die Tägliche Rundschau dies, indem sie feststellt: „... die Führung des Zentrums war sich des Weges nach rechts schon bewußt, als sie die Mission des Dr. Curtius zum Scheitern brachte...“ „Offenbar haben die kirchlichen Mächte, die hinter und über dem Zentrum stehen und die Entwicklung seines linken Flügels ins halb-sozialdemokratische Lager längst mit Sorge betrachtet, ein ernstes Wort mitgesprochen...“ „Erklärlich wird jetzt die gemeinsame Front der Zentrums- und deutschnationalen Presse gegen Minister Curtius...“ „Das Zentrum wollte nach rechts, wollte die Herceinnahme der Deutschnationalen, aber es wollte... seiner Partei die Führung sichern...“

Die Tägliche Rundschau wiederholte solcherart am Sonntagmorgen den Hinweis auf „die kirchlichen Mächte“, obwohl das Berliner Zentrumsorgan, die Germania, am Sonnabend die Meldungen dementiert hatte, die den Vertreter des Vatikan in Berlin, Pacelli, mit den kirchlich-zentrumsparteilichen Verhandlungen in Verbindung brachten. Auch der Minister Brauns, der ja als Kleriker und rechter Zentrumsmann für solche Verhandlungen prädestiniert erscheinen muß, soll nicht derjenige gewesen sein, welcher... Sei dem, wie ihm wolle. Die Tägliche Rundschau, die als eine kleine Rahe für die Abweisung ihrer Ansprüche auf Besetzung des Kanzlerpostens die Dinge an die Deffenlichkeit gezogen hat, hat schon recht, wenn sie erklärt, daß diese Nachrichten natürlicherweise bestritten werden, „da für solche Geschäfte nun einmal traditionell das Halbdunkel vorgeföhren ist.“

An Glaubwürdigkeit gewinnen die Mitteilungen der volksparteilichen Presse dadurch, daß der deutsche Episcopat sich bereits regsam zeigt, um den Einbruch der Zentrumsbeteiligung am Bürgerblock unter der Arbeiterschaft auf seine Weise auszugleichen. Wie die Telegraphen-Union meldet, hat der Kölner Erzbischof, Kardinal Schulte, an seine Geistlichkeit einen Erlass gerichtet, in dem er diese verpflichtet, Härter als bisher auf eine Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hinzuwirken. Die Geldsucht der gegenwärtigen Generation gefährdet Religion, Sittlichkeit und Familienleben. Die alten Schlagworte zur Zerschlagung der katholischen Arbeiterschaft werden also schon wieder verstärkt in Umlauf gesetzt. Und im Übrigen wird auch das neue Bürgerblockkabinett

der Arbeiterschaft „soziales Entgegenkommen“ zeigen. Georg Bernhard weist in der Hoffischen Zeitung boshaft darauf hin, daß Herr Brauns die Aufgabe haben wird, „die Arbeiterschaft der christlichen Organisationen bei der Stange zu halten und der sozialdemokratischen Opposition das Wasser abzugraben. Das wird ein „verdammtes Stück Geld“ kosten. Und die erfreulicherweise von den Sozialdemokraten immer erfolgte Berücksichtigung der allgemeinen finanzpolitischen Lage bei der Durchführung ihrer sozialpolitischen Forderungen wird für die Deutsche Volkspartei und ihre Wählererschaft unter Umständen den Gegenstand wehmütiger Nickererinnerungen bilden.“

Die Verhandlungen zwischen Zentrumsleuten und Deutschnationalen unter Beihilfe des katholischen Klerus sind für unsere sonst so ronsoliden protestantischen Christen außerordentlich bezeichnend. Sie schimpfen zwar wie die Rahe auf ihre katholischen Brüder in Christo, haben aber nichts dagegen, im gemeinsamen Interesse an der geistgewollten kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit ihnen im trauten Kämmerlein politische Mauischelgeschäfte zu machen. Nicht weniger bezeichnend sind die Vorgänge für die katholische Kirche, die trotz aller ihrer entgegengekehrten Beteuerungen wieder einmal als Sachwalterin des kapitalistischen Interesses entlarvt ist.

### Das Regierungsprogramm Dr. Marx.

SPD. Berlin, 24. Januar. (Radio.)

Der Reichskanzler Dr. Marx hat im Laufe des Sonntag mit Unterstützung seiner Parteifreunde Brauns, Wirth und Stegerwald ein Regierungsprogramm ausgearbeitet, auf das insbesondere die Deutschnationalen festgelegt werden sollen. Es werden ihnen, so verlautet wenigstens, heute im Zusammenhang mit dem Programm ganz konkrete Fragen über Republik, Verfassung und Außenpolitik vorgelegt werden. Marx beabsichtigt übrigens auch, im Laufe des heutigen Tages mit den maßgebenden Vertretern der Sozialdemokratie zu verhandeln.

Wie der Montag mittelt, sind von den Deutschnationalen die Abgeordneten Graf Westarp, Wallraf, Ruppel, von Goldacker und der politische Beauftragte der Partei Trevisanus zu Unterhändlern bestimmt worden. Das Blatt nimmt an, daß bei der Unterredung mit den Deutschnationalen auch Dr. Brauns und Dr. Stresemann zugegen sein werden.

### Die „Reispunkte“.

Beratungen der Reichsregierung.

Berlin, 22. Januar.

Wie die TU. erzählt, hat der zwischen Dr. Clobius und den Sachverständigen der interalliierten Militärkontrollkommission vereinbarte Text des Entwurfes zum Kriegsgesetzgesetz heute vormittag den Gegenstand eingehender Beratungen des Reichskabinetts gebildet. Nachdem der Entwurf, wie wohl als sicher anzunehmen ist, die Zustimmung der Reichsregierung gefunden hat, wird er nach Paris an die Vorkonferenz abgehandelt werden.

In dem Bestreben, die Verhandlungen über die Reispunkte noch vor dem 31. Januar zum Abschluß zu bringen, hat die deutsche Regierung bei der Festlegung der Gesetzesbestimmungen ein sehr weitgehendes Entgegenkommen gezeigt, so daß erwartet werden darf, daß auch die Vorkonferenz ihre Zustimmung zu dem Entwurf geben wird. In diesem Falle würde er dann den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches zur Beratung und Beschlußfassung zugehen.

TU. Paris, 24. Januar.

Die Nachricht, daß in Berlin zwischen dem interalliierten Militärkomitee und den Vertretern der Reichsregierung ein Abkommen über die Frage des Kriegsmaterials erzielt wurde, wird vom Quai d'Orsay bestätigt. Man betont, daß selbstverständlich ein solches Abkommen erst nach der Ratifikation durch das Veräilker Militärkomitee und die Vorkonferenz Geltung erhalte, gibt aber der Ueberzeugung Ausdruck, daß diese Ratifikation binnen kurzem erfolgen werde.

Die in Paris gepflogenen Verhandlungen über die deutschen Ostbesetzungen nehmen ihren Fortgang. In französischen Kreisen wird erklärt, daß man auch darin auf dem besten Wege zu einer Verständigung sei.

Warschau, 22. Januar.

Kurjer Warszawski teilt mit: Der französische Vorkonferenz erschien heute mittag beim Direktor des politischen Departements des Ministeriums des Aeußern und dementierte im Namen der französischen Regierung die Gerüchte, daß in Thoiry über eine Grenzrevision gesprochen worden wäre.

Rabelbau auf Reparationskonto. Der Bau des unterirdischen Kabels Brüssel-Lüttich, der auf deutsches Reparationskonto geschrieben werden wird, ist innerhalb einer Rekorzeit von vier Monaten fertiggestellt worden. Das Kabel ist gebrauchsfertig.

## Der Bürgerblock.

Das Programm des Zentrums.

„Welch eine Wendung durch Gottes Fügung.“ Am 17. Dezember weigerte sich Dr. Marx, den Deutschnationalen auch nur einen Zukunftswechsel in Aussicht zu stellen, und schon am 22. Januar übernahm er die Bildung des Bürgerblocks. Der Chefredakteur des Berliner Tageblattes teilte mit, daß Stresemann in Genf über die Interburger Rede Dr. Scholz „noch ganz flammender Zorn“ gewesen sei. Vier Wochen später hat ausgeprochen der Außenminister die Dienste des Geburtshelfers übernommen, um den Bürgerblock zur Welt zu bringen. Dr. Scholz durchschreitet mit der Miene des Imperators die Wandelhallen. Er ist der Beherrscher der Situation. Die Partei des Großkapitals hat die Führung übernommen. Den Deutschnationalen und dem Zentrum wurde die Aufgabe zugewiesen, für diese Konzentration der bürgerlichen Kräfte, für den Bürgerblock, eine zeitgemäße Ideologie zu schaffen. Das war das Werk Dr. Wirths, der als eigentlicher Verfasser der Zentrumsrichtlinien zu gelten hat. Sie hätten ebensogut in seiner schwarzrotgoldenen Zeitschrift, der Deutschen Republik, dem Publikationsorgan der republikanischen Union, stehen können.

Die Rundgebung des Zentrums verpflichtet zu nichts. Das haben, wie schon mitgeteilt, die Rechtsparteien auf den ersten Blick erkannt. Schon heute streiten sich die Parteiphilologen aller Lager, ob die Plattform nur für die treuen Schäfchen des Zentrums, oder aber ob sie gleichzeitig zur Grundlage für die heute beginnenden Verhandlungen mit den Deutschnationalen zu gelten habe. Wie man auch diese Streitfrage lösen wird, darüber sind die Meinungen der in- und ausländischen Zeitungen ungeteilt, daß die Richtlinien nur die Aufgabe haben, den Umfall des Zentrums entsprechend zu drapieren. Und für diesen Auftrag war Dr. Wirth unzweifelhaft der geeignetste Mann.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat sich am Sonnabendvormittag mit den Richtlinien auseinandergesetzt. Sie hat beschlossen, keinerlei Beschluß zu fassen. Die Aufgabe der Interpretation wurde den deutschnationalen Vorkongressen zugewiesen, und deren Sprache war so eindeutiger Natur, daß sich jede Meinungsäußerung der Fraktion erübrigt hatte. Auch die Demokraten haben zusammengeessen. Es blieb ihnen nur übrig festzustellen, daß das Zentrumsprogramm auch für das tolerierte Kabinett der Mitte durchaus ausreichend gewesen wäre. Sie verlangen, daß Dr. Marx auch die Meinung der Sozialdemokraten über die Musterleistung Dr. Wirths einholen solle. Praktisch hat dieser Beschluß nur dies Ziel, den bedürftigen Arbeiterwählern die Sinne zu umnebeln und obenbrein beabsichtigen diese betäubten Lohgerber, denen alle Felle fortzuschwimmen drohen, den Trümmern der „Intelligenz“partei wenigstens einen Ministerstuhl zu retten. Ob bei der Verteilung der Beute für die Rülzplaner etwas übrig bleibt, darüber werden die kommenden Tage Aufschluß bringen.

In der Presse tauchen Nachrichten auf, wonach der Umfall des Zentrums auf Einwirkungen des Runtius Pacelli, des päpstlichen Gesandten am Hofe Hindenburgs, zurückzuführen sei. Von der Zentrumspresse wird diesen Darstellungen ein kategorisches Dementi entgegengekehrt, womit freilich gar nichts gesagt zu sein braucht. Sei dem aber, wie es sei. Diese Römischen Elegien kennzeichnen die Situation. Ein Körnlein Wahrheit dürfte in diesen Meldungen unzweifelhaft verborgen sein, wenngleich das Kontordat, von dem als Handelsobjekt gesprochen wird, vielleicht noch in weitem Felde liegt. Herr Dr. Wirth ist ein sehr getreuer Knecht des „Herrn“, und warum sollte diese „Fügung Gottes“ nicht irgendwie von seinem Vertreter auf Erden Nachdruck erhalten haben?!

„An Rom starben die Völker.“ So lautete ein Thema, das der christlich-protestantische Hofprediger Döhning, der Mitherausgeber der Täglichen Rundschau, unlängst behandelt hat. Darob der Kulturkampf zwischen dem katholischen Zentrumsmann Dr. Schreiber und dem katholischen Deutschnationalen Dr. Spahn auf der Tribüne des Reichsparlaments. Und auch sonst spielt Rom bei der Regierungsbildung im Reich nicht nur die Rolle des passiven Betrachters. Die faschistischen Kohorten schwenken ihre Liktorenbündel, sie schlagen mit gewaltigem Geschrei an ihre vom Blute des Meuchelmordes triefenden Schwerter. „Recht so, Hindenburg“, tönt es über den Brenner hinweg und auf den Gefilden der politischen Diktatur haben die Scharen des Renegaten Benito immerhin einige Praxis erworben.

In dem evviva Hindenburg sehen wir keine so unmittelbare Gefahr. Ebensovienig in dem Schreiben von Briefen. Jetzt so wenig, wie in den Zeiten des Krieges, allwo Hindenburg unmittelbar hinter dem Gottvater rekrutierte. Der Marschall von Tannenberg führt lediglich die Feder, die ihm von der Geschichte in die Hand gedrückt worden ist. Man verfolge auch jetzt nicht in den Fehler der „Großen-Männer-Theorie“. Hindenburg tut nur, was er muß, um eine neue Epoche der deutschen Geschichte einzuleiten, deren wirtschaftliche Basis in monatelanger Tätigkeit vorbereitet worden ist. Der neue politische Ueberbau, der unter dem Namen Bürgerblock firmiert wurde durch die wirtschaftliche Konsolidation des deutschen Kapitalismus ebenso, wie durch die Konzentration der Unternehmungen bedingt. Diese Fäden verknüpfen

sich in der Deutschen Volkspartei, was in den politischen Vorgängen der letzten Wochen trefflich zum Ausdruck kam.

Die im Finanzkapital zusammengefaßten Schichten des deutschen Unternehmertums wurden zu Herren der Republik. Sie fühlen sich stark genug, um auf jedwede Kullissenarbeit der Sozialdemokratie verzichten zu können. Das ist der Kern der Situation. Und nur so sind die einzelnen Phasen dieses monatelang geführten Kampfes richtig zu verstehen. Wir fürchten weniger die Diktatur Hindenburgs als Schreiber von Briefen, als vielmehr die Diktatur des Kapitals über das deutsche Proletariat. Dem Brief Hindenburgs war nur die Aufgabe zuerteilt, dieser neuen Entwicklungsphase im Kampfe der Klassen politischen Ausdruck zu verleihen.

Von diesen Gesichtspunkten aus sind auch die Richtlinien des Zentrums zu würdigen. Sozialpolitisch folgen sie völlig den Wünschen der Industriekapitäne. Mit dem Völkerbund hatten sich die Deutschnationalen längst abgefunden. Die deutsch-französischen Beziehungen werden von den Industrie-konzernen dirigiert. Darauf haben wir unlängst hingewiesen. Die Räumung des Rheingebietes fordern alle Parteien, und niemand weiß, welche Folgen darüber von der englischen Botschaft gemacht worden sind. Von Frankreich kann zur Zeit nicht viel erwartet werden. Vielleicht aber hat Chamberlain ein Kolonialmandat in petto, um den Vertretern des jüngsten deutschen Imperialismus über die größten Schmerzen hinwegzuführen. Die Verhandlungen über die Ausfuhr von Kriegsgütern, an der nur England interessiert ist, haben jedenfalls einen merkwürdig rajchen Abschluß gefunden.

Und die Republik? In diese Sätze der Zentrumsrichtlinien hat Dr. Wirth seine ganze Seele einfließen lassen, soweit sie nicht der „heiligen Dreieinigkeit“ verpflichtet ist. Wer denkt daran, die Republik zu stützen? Sie ist dem Großkapital ein wirkungsvolleres Instrument, als der Despotismus des Kaiserreichs. Heute sind die Minister nichts anderes als die commis voyageur des Großkapitals. Was soll da das Geschrei der sozialistischen Kohorten, die nur Unruhe erzeugen könnten? Die Republik war der Boden für die wirtschaftliche Diktatur des Großkapitals. Trotz des „freiesten Wahlrechts der Welt“. Und an diesen Passagen des Wirthdokuments sollte Graf Westarp Anstoß nehmen? Ueberdies gibt es ein befandenes Kanzlerwort: Wie ich es auffasse. Damit ist auch den verbodenen monarchohischen Diebards gerecht zu werden.

Die nun bevorstehenden Verhandlungen werden dieses Kampffeld für die kommenden Schlachten klären. Die Proletariat, dort Kapital! Das ist die Lösung. Die Koalitions-politik der letzten Jahre hat wesentlich dazu beigetragen, die Fronten zu verschleiern. Die Bahn wird frei.

## Die Rückständigkeit der Deutschnationalen.

### Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

SPD. Die Behandlung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums am Sonnabend im Haushaltsausschuß des Reichstages brachte zunächst einen Vorstoß der Deutschnationalen gegen den Reichssozialkommissar. Der Volksparteierteil v. Kaumer erklärte dagegen, daß der Reichssozialkommissar noch nicht entbehrlich sei, besonders weil ihm die Kohleneinfuhr-gewinnung unterstehe. Ganz merkwürdige Ansichten der Deutschnationalen über deutsche Wissenschaft traten auch bei Behandlung des Antrages zutage, den Beamten des statistischen Reichsamtes, insbesondere der Reichsstatistikverwaltung, ein besseres Aussehen zu ermöglichen. Der Deutschnationale Schmidt v. Steintin forderte baldigen Abbau des Reichsstatistischen Amtes, das er sehr gemäßigt einen Wasserhahn nannte, um einige handverlesene Beamte. Demgegenüber betonte Abg. Hilsenberg (Soz.), daß es nicht sein müsse, die deutsche Statistik entsprechend der amerikanischen auszubauen. Auch die übrigen Parteien sprachen sich in ähnlichem Sinne aus, so daß die Deutschnationalen mit ihrer hinterwäldlerischen Ansicht allein blieben. Angeregt wurde dagegen, das statistische preußische Amt mit dem statistischen Reichsamte zu vereinigen.

Eine weitere Erörterung ergab sich über den im Etat angeforderten Fonds in Höhe von 500 000 Mark, der zur Förderung wissenschaftlicher Forschung, Ausbildung durch Studienreisen bestimmt ist. Abg. Helmman (Soz.) äußerte grundsätzliche Bedenken gegen solche Sammelfonds und fragte, ob das Ministerium bereit sei, den Sammelfonds zu spezifizieren. Staatssekretär v. Trendelenburg wies darauf hin, daß der Fonds in erster Linie dazu diene, deutsche Ingenieure nach dem Ausland, besonders nach Amerika, auf die Dauer von 2 Jahren zu entsenden. Eine Subventionierung privater wissenschaftlicher Interessen komme hierbei nicht in Frage; der Staatssekretär erklärte sich auch weiter bereit, in geeigneter Frist Auskunft über die Verwendung der Gelder zu geben, worauf die Abg. Hilsenberg und Schlad (Centr.) die Prüfung der Position in einem Unterausschuß empfahlen.

Abg. Schmidt-Röden (Soz.) kündigte an, daß er bei Bewilligung der Position auch Anträge stellen werde, Mittel für Studienreisen von Gewerkschaften aus diesem Fonds zu bewilligen. Der Etat des statistischen Amtes wurde dann angenommen und die Weiterberatung des Gesamtetats auf Montag vertagt.

## Sozialdemokratie und Finanzausgleich.

In Berlin fand im Reichstage eine von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einberufene Konferenz mit Vertretern der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und sozialdemokratischen Gemeinderäten statt. Ihr Zweck war die Erörterung der Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Sie wurde vom Genossen Keil geleitet, der darauf hinwies, daß sie die erste beratende Konferenz sei und ihr Verlauf bezeugen müsse, daß die gemeinsame Grundannahme aller Beteiligten eine Verständigung leicht herbeiführen lasse.

An einleitendes Referat des Genossen Herz, in dem sowohl die strittigen Fragen der Übergangsregelung des Finanzausgleichs besprochen wurden, als auch die großen Streitfragen für die endgültige Regelung, schloß sich eine eingehende Aussprache an. In ihr trat volle Uebereinstimmung in dem Bestreben hervor, eine gemeinsame Linie für die Stellungnahme zu den schwierigen Fragen des Finanzausgleichs zu finden. Alle Redner sprachen sich dafür aus, daß die Übergangsregelung nicht, wie in dem Gesetzentwurf vorgesehen, auf ein Jahr, sondern auf zwei Jahre beschränkt werde. Auch müsse die Umschuldungsgarantie für diese Zeit aufrechterhalten werden, da die versprochene Entlastung von den Kosten der Erwerbslosenfürsorge nicht in dem behaupteten Umfang zu erwarten sei. Der Fortfall der gemeindlichen Getränkesteuer und des Zuschlags zur Grunderwerbsteuer sei für Länder und Gemeinden finanziell unentbehrlich. Bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleichs sei eine Verwirklichung des Ueber-weisungssystems, der Gewährung des Zuschlagsrechts zur Einkommen- und Körperschaftsteuer vorzuziehen. Die in Aussicht stehende Neuregelung der Hauszinssteuer müsse eine Beseitigung der festigen Härten bringen, diese aber nicht zu einem Gehalts an die zahlungsunfähigen entlasteten Hausbesitzer werden. Den Beratungen der Konferenz lagen Vorschläge zugrunde, die im allgemeinen Zustimmung fanden. Ihre endgültige Formulierung wurde der Reichstagsfraktion überlassen, die auch für eine geeignete Veröffentlichung zu sorgen habe.

# Rußland - Frankreich - Rumänien

## Russische Vorstellungen in Paris.

WTB. Paris, 22. Januar.

Es wird offiziell bestätigt, daß der Sowjetbotschafter Katowaki bei seinem vorgerichtigten Besuch Briand an den Inhalt der Protestnote erinnert hat, die seine Regierung gegen den französisch-rumänischen Vertrag hat ergehen lassen. Nach der Kontur Havas, die den vollständigen Text der Note veröffentlicht, lautet deren Schlusssatz wie folgt:

Dadurch, daß die französische Regierung Rumänien die Hilfe Frankreichs im Kriegesfall verspricht und die Gemeinsamkeit der Interessen Frankreichs und Rumäniens proklamiert, ohne einen Vorbehalt betr. Beharrlichkeiten zu machen, ermutigt sie die aggressiven und eroberungsfähigen Tendenzen der seitlichen Männer Rumäniens. Gerade dadurch mindert sie die Aussicht auf eine friedliche Regelung der beharrlichen Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und verleiht die gegen den Frieden im Osten Europas gerichteten Drohungen.

Ich erkläre, daß meine Regierung den Garantievertrag Frankreichs mit Rumänien als einen unfreundlichen Akt betrachtet, der ebenso gegen die Interessen der Sowjetunion, wie gegen die Interessen der Bevölkerung Beharabiens gerichtet ist.

Zum Besuch des russischen Botschafters Katowaki bei Briand schreibt der Temps: Die Demarche Katowaki fällt mit der Veröffentlichung der russischen Note vom 2. Oktober zusammen, in welcher die Sowjetregierung gegen den französisch-rumänischen Vertrag protestiert. Eine derartige Veröffentlichung wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine

Geste ohne Erfolg bleiben. Der Protest Moskaus gegen die Zugehörigkeit Beharabiens zu Rumänien könne unter keinen Umständen die politische Lage ändern. Die Militär Beharabiens an Rumänien sei eine Tatsache, auf die zurückzukommen sich erübrige. Im Gegensatz zu dem, was die russische Note behauptet, sei der Abschluß eines französisch-rumänischen Abkommens unter keinen Umständen als unfreundlicher Akt gegen Moskau aufzufassen.

## Um die Kriegsschulden der Jarenregierung.

TU. Riga, 22. Januar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hatte der französische Botschafter Herbetie mit Litwinow eine längere Unterredung über die Beilegung des russisch-französischen Schuldenschnittes. Der stellvertretende russische Außenminister machte den Botschafter darauf aufmerksam, daß sich Frankreichs Verhalten gegenüber Rußland in der letzten Zeit wenig von Englands Haltung unterscheidet. Die französisch-russischen Beziehungen seien durchaus unnormal. Die französische Regierung müsse sich ein für allemal damit abfinden, daß die Sowjetregierung die von der Jarenregierung aufgenommenen Kriegsschulden in Frankreich nicht bezahlen werde.

## Deutsch-russische Eisenbahnkonferenz.

OE. Am 21. Januar wird in Berlin eine Eisenbahnkonferenz zusammengetreten, um sich mit Tariffragen und verkehrsrechtlichen Problemen im direkten deutsch-russischen und russisch-sowjetischen Eisenbahnverkehr auf dem Transsibirien über Ostland und Ostland zu befassen. U. a. wird die Konferenz über Revision des Tarifs und Ausdehnung des Gütertarifs auf neue Verengungen beraten. Die Konferenz soll ferner ein Abkommen über den direkten Güterverkehr zwischen Sowjetrußland und Deutschland ausarbeiten. Das Verkehrsministerium der Sowjetunion wird auf der Konferenz durch eine Delegation von 8 Mitgliedern vertreten sein.

## Rechtskurs in der Tschechoslowakei.

(Von unserem tschechoslowakischen Berichterstatter.)

J. B. Nach langen Verhandlungen ist nun also die Rechtsmeinung in der Tschechoslowakei konstituiert. Zwar besteht schon seit drei Monaten der deutsch-tschechische Bürgerkrieg, dem sich unterdessen auch die magyarischen Bürgerlichen angeschlossen haben. Aber dem allgewandten Herrn Schwelha gelang es bisher immer noch nicht, auch die slowakische Volkspartei für sich zu gewinnen, so daß er auf die Mitarbeit der tschechischen Nationalsozialisten angewiesen war, die, wenn auch nicht in der Regierung, sich doch durchaus als Regierungspartei gebärdeten. Sie waren eine nützliche Reserve für Schwelha, der damit alle übertriebene Ansprüche der Slowaken einzumachen vermochte. Für den Sozialismus haben die Nationalsozialisten natürlich gar nichts herausgeholt, als sie tapfer für das Staatsbudget stimmten, aber sie waren doch immer noch ein unwillkommener Ballast, eine „teure Erinnerung“ an die Zeiten, da die Sozialisten im Staate etwas mitzureden hatten.

Seit dem 17. Januar sind nun die slowakischen Klerikalen Teilhaber an der Rechtskoalition, die sich damit kompliziert hat. Sie stellen zwei Minister, jenen für das Gesundheitswesen und jenen für die Unifizierung des ungarischen und österreichischen Reiches in den slowakischen Gebieten. Man hatte die zwei Plätze für sie reserviert, indem sie nur provisorisch besetzt wurden. Gleichzeitig hat man das Ministerium für die Slowakei, das eigentlich so recht eine Satrapie ist und fast alle Verwaltungsweige in der Slowakei jener Partei in die Hände spielt, die es gerade besetzt hält, freigemacht. Der bisherige Beamtenminister mußte zurücktreten, ohne daß der Posten besetzt wurde, das Ministerium soll mit der Zeit aufgelassen werden. Das würde die wahrscheinliche Einsetzung einer Landesverwaltung bedeuten, wie sie gegenwärtig in den „historischen Ländern“ Böhmen, Mähren und Schlesien besteht, damit verbunden eine etwas verkleinerte, aber doch eben die Auslieferung der slowakischen Verwaltung an die klerikale Reaktion. Was das bedeutet, haben wir schon mehrfach dargelegt: In einem Lande, wo durch den Anarchismus ohnehin die kulturelle Aufklärungs-möglichkeit stark behindert ist, vermag der Klerikalismus, wenn er alle staatlichen Machtmittel in der Hand hat, unglaublich reaktionär und kulturhindernd zu wirken.

Für die „historischen Länder“ wird die Reorganisation der Festlegung schärfster sozialpolitischer und wirtschaftlicher Reaktionen bedeuten. Immer offener treten Agrarier und Industrielle gegen das Sozialvertragsgesetz auf und verlangen seine Verschlechterung. Immer unentzähliger erscheint der Bourgeoisie das knappe Bestimmungsrecht der Betriebsauschüsse, immer untragbarer wird für die Wirtschaft der Akt und der Tag erklärt. Man munkelt auch allerlei von einem geplanten Kontrakt, von einer Verständigung mit dem Kaiser, der seit der Aussetzung 1925 immer hoch befehligt ist und seinen Rantius in die Republik abgeordnet hat, seitdem er wutentbrannt den Herrn Marmaggi abberief. Von einer Verletzung der 18monatigen Militärdienstzeit ist keine Rede, die Militäristen bemühen sich mit Erfolg, darzutun, daß die gesetzlich festgelegte 14 monatige Dienstzeit ohne den zwangsweisen militärischen Vortraining der heranwachsenden Jugend vom 16. Lebensjahr an unmöglich sei, von der Müllig gar nicht zu reden. Und die deutschen „Rebellen“, die Hüter des Nationalismus, sie nützen und stimmen beifällig zu, wenn der tschechoslowakische Militarismus sich den geheimen und unkontrollierbaren Rüstungsfonds von 3½ Milliarden Kronen bewilligen läßt. Die Agrarier, sonst gelohrene Feinde einer langen Militärdienstzeit, die ihnen die Ehre, ihre Arbeitskräfte, in der besten Zeit des Lebens wegnimmt, haben gegen den überlangen Dienst gar nichts einzuwenden, haben sie sich doch durch ein Sondergesetz geschützt, das ihnen und fast nur ihnen allein die Möglichkeit gibt, den dienstpflichtigen Sohn von der Hälfte der Dienstpflicht zu befreien, wenn er zu Hause „unabkömmlich“ ist. So ruht letzten Endes die volle Last des Militärdienstes auf dem Industriearbeiter, der agrarische Patriotismus wird von anderen bezahlt.

So wird die Arbeiterklasse in der nächsten Zeit in die Defensive gedrängt sein. Ihre Aufgabe wird der Schuß der erreichten sozialpolitischen und wirtschaftlichen Erfolge sein. Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte ist daher das dringendste Gebot der Stunde. Es mehren sich die Anzeichen, daß die gemeinsame Not allmählich die Schranken niederreißt, die sich zwischen tschechischer und deutscher Sozialdemokratie erhoben. Wohl geht es zu langsam, sehr man die gestohlene Angriffsfront des Bürgerturns dem gegenüber. Aber seit dem 1. Januar haben wir doch die gemeinsame gewerkschaftliche Landeszentrale, wenn auch der Organisationsdualismus aufrechterhalten wird; wir kennen eine weitgehende Zusammenarbeit auf genossenschaftlichem und auf dem Gebiete des Arbeitersportes. Eine Entwicklung wurde damit befehleigt, die vielleicht noch viele Jahre gebraucht hätte, den heutigen Stand der Dinge zu erreichen. Das wollen wir gerne anerkennen, wenn uns auch das Tempo des Erwachsens des internationalen Klassenbewußtseins vom Standpunkt der Wahrung der Arbeiterinteressen aus nicht recht genügen will.

Die kläglichste Rolle spielen, wie leider schon öfters, die Kommunisten. Sie, die mit ihren 41 Mandaten die stärkste proletarische Gruppe im Parlament sind, vertun das ihnen anvertraute Gut. Sie gefallen sich in der Rolle der Kritiker, ohne jemals zu beweisen, daß sie etwas besser treffen. Nun hat gar die

Exekutive der Komintern die APC zu ihren „Erfolgen“ beglückwünscht, sie hat ausgesprochen, daß die APC, mit der Taktik der Einheitsfront“ erhebliche Erfolge erzielt und sie bezeichnet es als Haupterfolg, daß sie durch ihre Taktik im Herbst 1925 die Schaffung einer sozialistisch-agrarischen Regierung verhindert haben. Gemäß wäre mit einer solchen Regierung dem Proletariat auch kein Gutes erwachsen. Aber die Entwicklung zur internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterklasse hätte sich nicht anders vollzogen. Die sozialistischen Parteien hätten ebenfalls zusammenwirken müssen, die Agrarier konnten unter dem gemeinsamen sozialistischen Druck zu starken Konzessionen gezwungen werden, die unmittelbare Gefahr der Behinderung der erreichten Positionen wäre gebannt gewesen. Heute ist es müßig, darüber zu reden. Aber es darf wohl auch gesagt werden, daß es nicht immer revolutionär ist, nur tabuläre Redensarten im Munde zu führen, sich aber freiwillig der Macht zu entäußern.

Die neuen Verhältnisse werden aber auch im Sinne einer gewissen Konsolidierung der Arbeiterbewegung wirken, die „revolutionäre“ Phrase ihres Nimbus entfallen und viele Arbeiter wieder zur Ueberzeugung bringen, daß nur in erhöhter Zusammenarbeit die Zukunft gesichert werden kann. So bedauerlich daher die politische Entwicklung des Landes nach rechts ist, so hat sie andererseits ihre hellen Seiten, die wir begreifen und von denen wir uns einen baldigen Aufstieg des tschechoslowakischen Proletariats erwarten.

## Eine englische Chinaexpedition?

### Umfangreiche militärische Vorbereitungen.

SPD. London, 24. Januar. (Radio.)

Die militärischen Maßnahmen der englischen Regierung zu einer Chinaexpedition werden dauernd umfangreicher. Abgesehen davon, daß am Sonnabend weitere Regimenter nach China beordert wurden, ist die Einstellung des Urlaubs für sämtliche Regimenter Nordenglands und Schottlands angeordnet worden. Der Daily Herald fordert die Regierung auf, die unruhig gewordene Bevölkerung Englands über die geplanten Maßnahmen gegen China aufzuklären. Er warnt vor militärischer Demonstrationspolitik zur Unterstützung der Diplomatie.

Malta, 23. Januar.

Zwei hier stehende britische Regimenter haben Befehl erhalten, sich für die Verschiffung nach China bereitzuhalten. Das indische Punjab- und Kashmir-Regiment erhielt Befehl, sich einzuschiffen; der Bestimmungsort ist bisher nicht bekanntgegeben worden.

WTB. Kalkutta, 23. Januar.

Einer Blättermeldung zufolge hat die Regierung zwei Dampfer für Truppentransporte von Kalkutta nach China gechartert. Einem unbediensteten Gericht zufolge wird die 20. Brigade bald in Kalkutta eingeschifft werden.

## Englisches Unterstützungsersuchen an Japan?

WTB. London, 23. Januar.

Einer Agenturmeldung aus Tokio zufolge erklären die dortigen Blätter, daß Großbritannien die Unterstützung Japans in seinen Bemühungen, die verlorene Stellung am Jangtse-Fluß wieder zu gewinnen, erbeten habe. Die Japaner hätten jedoch höflich abgelehnt, indem sie darauf hinwiesen, daß die heutige Lage es erfordere, daß Japan den Gebrauch von Flotten- und militärischen Demonstrationen, die auf Gewaltanwendung hindeuten, zu vermeiden wünsche.

WTB. London, 23. Januar.

Wie Reuter aus Hankau meldet, ist es in Siang-yän, in der Provinz Hunan, zu großen antibritischen Demonstrationen gekommen. Eine Volkswoge setzte das Gebäude der asiatischen Petroleumgesellschaft, wo große Mengen Petroleum lagerten, in Brand. Die Gebäude brannten vollständig nieder.

Peking, 23. Januar.

Die amerikanischen Missionen anfallen werden in aller Eile aus dem Innern der Provinz Fujian nach der Küste zurückgezogen. Man erwartet, daß die Provinz in 14 Tagen vollständig geräumt ist.

## Eine englische Anleihe für Mussolini?

SPD. Paris, 24. Januar. (Radio.)

Die heutigen Morgenblätter melden aus Rom, daß im Laufe des letzten Besuchs Churchill bei Mussolini Großbritannien eine Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling Italien zugestanden habe. Dafür habe die britische Regierung drückend, daß Italien seine diplomatische Tätigkeit im Balkan einschränke.

# Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

## Fortsetzung der Debatte im Reichstage.

Berlin, den 22. Januar 1927.

Die Sitzung wird um 12 Uhr eröffnet.

Ein Gesetzentwurf über die Forderung der Weine des Jahrgangs 1926 wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen verabschiedet.

Das Haus legt dann die 2. Beratung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fort. Abg. Joss (Zr.) stimmt der Vorlage zu, wenn auch nicht alle Wünsche des Zentrums erfüllt seien. Dieses Gesetz sei ein Mittel, um mit etwas mehr Erfolg als bisher den Kampf gegen die Volksleiden der Geschlechtskrankheiten zu führen. Es sei ein Fortschritt, daß der Ansteckungsgefahr zu Leibe gegangen und dem unwillkürlichen Zustande eine Ende gemacht werden soll, daß Frauen gesichert werden können, aber Männer straflos ausgehen.

### Abg. Frau Schröder, Schleswig-Holstein (Soz.).

Die Prostitution sei bisher in Deutschland als Gewerbe anerkannt gewesen, trotzdem würden die Mädchen, die dieses Gewerbe ausübten, reglementiert, sie als Dirnen infamisiert, in Bordelle eingesperrt usw. und ihnen dadurch der Rückweg ins geordnete Leben erschwert. Durch die bisherige Bekämpfung der Prostitution ist es nicht gelungen, diesen Schaden der menschlichen Gesellschaft in ihren Ursachen zu fassen. In den Städten, die heute noch Bordelle haben, ist die übrige Bevölkerung gegen die moralische Anfechtung durch die Prostitution nicht geschützt worden, gerade wegen dieser Bordelle sind diese Verhältnisse wie in Altona, noch verschlechtert worden. Daher ist man bei der Frage der Reglementierung nicht weit genug gegangen. Es ist eine Rauschmittelbestimmung getroffen worden, die zu den größten Beschränkungen Anlaß geben muß. Man hat ein Kompromiß geschlossen, aber die Vorurteile in der Frage der Prostitution sind noch so groß, daß man sich wenigstens mit dem jetzt Erreichten abfinden muß. Anders liegt es mit der Bestimmung, wonach die Ausübung der Prostitution in der Nähe von Schulen usw. unter Strafe gestellt wird. Mit Strafen ist der Prostitution überhaupt nicht beizukommen; gerade der Aufenthalt in Gefängnissen usw. hat vielfach dazu geführt, daß die Prostituierten dauernd an diesem traurigen Wege gefesselt wurden.

Wenn wir in der Bekämpfung der Prostitution neue Wege gehen wollen, dann müssen wir das alte gründlich fortzüräumen. Das Neue aber ist die für zörixische Arbeit, der hier endlich eine rechtsgesetzliche Grundlage gegeben wird. Wenn in der Wohlfahrtsarbeit bisher nicht genug erreicht worden ist, wie es von den Kommunisten behauptet wird, dann darf man doch nicht vergessen, wie jungen Datums diese Arbeit noch ist und welchen Schwierigkeiten sie zu begegnen hat. Von der rechtsgesetzlichen Grundlage muß die weitere Ausgestaltung dieser Arbeit ausgehen, sie muß sich aber auch auf die Männer erstrecken; die der Fürsorge oft genau so bedürfen wie die Frauen. Vor allem aber muß ihr die Jugend am Herzen liegen. Auch wenn dieses Gesetz angenommen und in der besten Weise durchgeführt wird, wird die Prostitution nicht verschwinden. Denn sie ist ein Bestandteil der heutigen kapitalistischen Wirtschaft, eine Folge der furchtbaren wirtschaftlichen Not. Gelingt es, diese Not zu beseitigen, dann beseitigen wir auch zum Teil wenigstens die Prostitution. Dieses Gesetz bringt noch nicht die Erfüllung unserer Forderungen, aber es öffnet den Weg, auf dem gegangen werden muß. Darum werden wir der Vorlage zustimmen. (Beif. Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Frau Dr. Hüders (Dem.) bezeichnet das Gesetz trotz mancher Mängel doch als einen großen Fortschritt. In den Forderungen nach einer Regelung der Prostitution, die eine gewisse Zwangsbehandlung mit neuen, noch nicht vollständig erprobten Mitteln nicht vorgenommen werden darf.

Abg. Frau Neuhans (Zr.) bezeichnet die Fassung des § 15, der die Reglementierung mildert, als ein Kompromiß, das nicht alle Parteien befriedigen kann.

Ministerialdirektor Dr. Dammann führt aus, der Gesetzentwurf sei vom Ausschuss sehr sorgfältig vorbereitet worden und seine schnelle Verabschiedung sei wünschenswert. Es handle sich bei der vorliegenden Fassung um ein Kompromiß, das nicht jeden Befriedigen könne. Es wäre aber bedauerlich, wenn durch Änderungsanträge das Werk der Einigung zerstört würde. Die Regierung sei einverstanden mit dem Antrag Dr. Bayersdorffers und Genossen, der im § 7 die Reglementierung wieder herzustellen, also das Behandlungsmonopol der approbierten Ärzte nicht auf die anstehenden Krankheiten ausdehnen will. Alle übrigen Änderungsanträge bitte der Redner abzulehnen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. § 1 wird angenommen.

In der Einzelberatung begründet

### Frau Abg. Reiche (Soz.)

einen sozialdemokratischen Antrag, wonach Kranken, die keinen Anspruch auf anderweitige ärztliche Behandlung haben, durch die Gesundheitsbehörde eine unentgeltliche Behandlung bereit zu stellen ist. Diese Behandlung sei nach Möglichkeit von den öffentlichen Gesundheitsstellen durchzuführen. Zu diesem Zweck können vorhandene Beratungsstellen zu Behandlungsstellen erweitert werden. Bei der Einziehung der Kosten sollen Härten vermieden werden; insbesondere soll keine Rückzahlung aus einem Arbeitslohn kommen verlangt werden. Die Rednerin weist auf den Widerspruch hin, daß ein Behandlungsanspruch eingeführt wird, ohne daß den Minderbemittelten eine kostenfreie Behandlung ermöglicht werden soll. Die öffentliche Fürsorge reicht in unzähligen Fällen nicht aus. Wird die unentgeltliche Behandlung nicht eingeführt, so ist die Wirksamkeit dieses Gesetzes außerordentlich in Frage gestellt, manche Vorurteile werden von vornherein widerlegt sein. Wir wissen, daß heute noch aus ärztlichen Kreisen gegen die unentgeltliche Behandlung Widerstand geleistet wird. Nach dem die letzte sich aber mit den Beratungsstellen abgefunden haben, werden sie sich auch mit der unentgeltlichen Behandlung abfinden, wenn erst die Verbindung zwischen Beratung und Behandlung hergestellt ist. Die soziale Gesetzgebung muß endlich auch dazu kommen, so schnell wie möglich Heilung und Genesung zu schaffen. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Bayersdorffer (Bour. Rp.) wird die Beratung gegen 2 1/2 Uhr auf Montag nachmittags 4 Uhr vertagt.

## Kampf gegen das Grundschulgesetz.

Die Frage, ob das Reichsgrundschulgesetz verfassungswidrig ist, wurde am 21. Januar zum Gegenstand eines langen Prozesses gemacht, der in diesen Tagen vor dem Hamburger Oberverwaltungsgericht in der zweiten Instanz entschieden wurde. Anlaß dazu gab das vor etwa Jahresfrist von der Hamburger Bürgerschaft beschlossene Gesetz über den Abbau der privaten Vorschulen und Vorschulklassen, das sich in seinem einleitenden Satz auf das im April 1920 von der Nationalversammlung angenommene Grundschulgesetz stützt. Angestoßen durch eine in Hamburg erschienene Volksliste erhob die Privatvorschuldirektion Schmalfeldt bei dem Hamburgischen Verwaltungsgericht Klage gegen die Oberbehörde. Sie beantragte festzustellen, daß sie nicht verpflichtet sei, den Anordnungen der Oberbehörde Folge zu leisten und mit dem Abbau ihrer Vorschulklassen am 1. April 1927 zu beginnen, weil das Reichsgrundschulgesetz verfassungswidrig und infolgedessen auch das Hamburger Gesetz rechtsungültig wäre. Begründet wurde diese Auffassung damit, daß im Artikel 147 der Reichsverfassung bestimmt ist,

Private Vorschulen sind abzubauen, im Grundschulgesetz dagegen Private Vorschulen und Vorschulklassen sind abzubauen. Die Bestimmung, „und Vorschulklassen“ gehe über die Verfassungsbestimmung hinaus, denn Vorschulklassen seien als organische Teile eines abgeschlossenen Schulbetriebes etwas ganz anderes als Vorschulen, die einen ständigen Schultyp, nämlich nur die der Unterstufe, bezeichnen.

Diese Klage, hinter der sich die ganze Hamburgische Schulkommunikation stellte und die auch für außerhamburgische Verhältnisse von Bedeutung ist, wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen mit der Begründung, daß die Verfassung auch die Vorschulklassen unter dem allgemeinen Begriff „Vorschulen“ verstanden wissen will, was sich auch aus dem Satz im Artikel 148 der Reichsverfassung: „Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf“ ergibt.

Mit dieser Entscheidung gab sich die Klägerin nicht zufrieden. Sie legte bei dem Oberverwaltungsgericht mit der Begründung, daß sich der im Artikel 148 der Verfassung befindliche Satz nur auf die öffentlichen Schulen beziehe, was sich schon daraus ergebe, daß der ganze Artikel nur von dem öffentlichen Schulwesen handle. Vollkommen getrennt von ihm und ganz selbständig aber stehe der Artikel 147, der dem privaten Schulwesen gewidmet sei. Daß die Vorschulklassen nicht ohne weiteres unter den Begriff Vorschulen fallen, ergebe sich schließlich auch aus der Fassung des Grundschulgesetzes, das ausdrücklich von „Vorschulen und Vorschulklassen“ spreche, nicht aber von „Vorschulen (Vorschulklassen)“, wie es der Fall gewesen wäre, wenn die letzteren wirklich glatte auch als Vorschulen zu gelten hätten. Das Oberverwaltungsgericht hatte für diese juristische Tüftelei aber nichts übrig. Es schloß sich der Forderung des Vertreters der Oberbehörde an, die Klage abzuweisen, weil der Wille des Verfassungsgebers ganz außer Zweifel stehe, daß mit der Verfassungsbestimmung das Prinzip der Vorschulen getroffen werden sollte, und darunter seien eben auch die Vorschulklassen.

## Einschränkung der wilden Schießerei.

### Eine Verordnung des preussischen Innenministers.

Der Preussische Minister des Innern hat folgenden Rundschreiben über die Regelung des Schießsports herausgegeben:

Der Schießsport ist grundsätzlich nur noch auf Schießständen zugelassen, die von den Ortspolizeibehörden genehmigt und ordnungsmäßig abgenommen sind; auch dürfen nur solche Waffen und Munition unter Beachtung der noch gültigen Verordnung über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919 (RGBl. S. 31, 122) nebst den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen benutzt werden, die für den betreffenden Schießstand genehmigt sind. Durch ständige, möglichst unermüdete Nachschau haben sich die Ortspolizeibehörden von dem ordnungsmäßigen Zustand der Schießstände anzulegen zu überzeugen. Allgemeine Gesichtspunkte für den Bau und die Errichtung solcher Anlagen hat die Deutsche Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen e. V. in Berlin-Halensee herausgegeben. Bereits bestehende, polizeilich noch nicht genehmigte Schießstände müssen nachträglich binnen vier Wochen nach Veröffentlichung dieses Erlasses zur Genehmigung angemeldet werden.

Jedes Schießen hat unter Leitung einer Aufsichtsperson stattzufinden, die von den Vereinen bestellten Aufsichtspersonen sind ein für allemal oder für den Einzelfall der Ortspolizeibehörde namentlich anzugeben, die sie bei Unzureichbarkeit ablehnen kann. Diese Aufsichtsperson ist für die Beachtung aller erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen verantwortlich. Der Ortspolizeibehörde ist jederzeit der Zutritt zu den Schießständen und den Schießveranstaltungen gestattet. Jugendliche unter 17 Jahren ist vom Schießen auszuschließen.

Die Vertriebsbüros müssen sich zur Sicherung der Vermeidung der dem Verein gehörigen Gewehre auf oder nahe bei dem Schießstande verpflichten und die Verantwortung für jede mißbräuchliche Verwendung der Waffen übernehmen. Der Aufbewahrungsort ist der Ortspolizeibehörde anzugeben; sie kann einen anderen fordern, falls ihr der vom Verein angezeigte nicht zureichend erscheint. Waffen dürfen zum und vom Schießstande nur verpackt und getrennt von der Munition befördert werden.

## Baden gegen die Fredericus-Neclamemarle.

Die badische Regierung hatte seinerzeit bei dem Verwaltungsrat der Reichspost Einspruch gegen die Fredericus-Neclamemarle erhoben. Das gab der Bürgerlichen Vereinigung im Landtag Anlaß zu einer Interpellation, die am Donnerstag verhandelt wurde.

Der Staatspräsident Koehler antwortete den Interpellanten, daß er Friedrich II. zu den größten Staatsmännern des 18. Jahrhunderts rechne, aber — führte er weiter aus — es will mir nicht in den Sinn, daß ausgerechnet in unserem noch jungen republikanischen Staatswesen die meistgebrauchte Briefmarke mit dem Bilde eines Monarchen versehen werden muß, dessen Tätigkeit zugunsten des deutschen Volkes umstritten ist. Wir haben ein Recht, von Deutschland und deutschem Wesen zu reden, und wir machen von diesem Recht Gebrauch; wenn wir sagen, die deutsche Republik war schlecht beraten, als sie den Preußenkönig Friedrich dem deutschen Volke als Repräsentanten des Zeitalters der deutschen Klassik vorstellte. Für uns ist er nicht der Ausdruck der Gesinnung des deutschen Volkes, deshalb haben wir das Markenbild abgelehnt.

Die Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokraten ließen Erklärungen abgeben, die ihr Einverständnis mit der Antwort des Ministerpräsidenten bekundeten.

## Rot Front und Stahlhelm.

WTB. Kiel, 22. Januar.

In einer Protestkundgebung des Stahlhelms, in der der bekannte Korobdi (Berlin) über „Reichswehrheute und Waffenverrat des Reichsbanners“ sprach, kam es zu einem großen Tumult, als man es ablehnte, den zahlreich anwesenden Kommunisten das Wort zu geben. Von der Galerie wurden Stühle in den Saal geworfen und viele Personen verletzt. Ein Polizeiaufgebot räumte schließlich den Saal und zerstreute die in den Straßen angesammelte Menschenmenge. Mehrere Personen wurden verhaftet.

WTB. Bressan, 23. Januar.

Trotz starken polizeilichen Schutzes wurde heute in der Friedrich-Wilhelm-Straße und am Königplatz ein Zug von Stahlhelmläutern von Roten Frontkämpfern angegriffen. Zahlreiche Stahlhelmliebeser wurden geschlagen. 11 Personen, darunter zwei Frauen, wurden festgenommen. Schwere Verletzungen von Personen sind, soweit bisher festgestellt werden konnte, nicht vorgekommen.

## Wieder ein Landfriedensbruchprozess.

Katzenbach gegen Arbeiter.

WTB. Solingen, 23. Januar.

Das Schöffengericht verurteilte wegen Landfriedensbruchs den kommunistischen Stadtverordneten Broch und den Arbeiter Meißner zu je sieben Monaten Gefängnis. Vier Angeklagte erhielten je sechs Monate, zwei drei Monate Gefängnis, die übrigen der 14 Angeklagten wurden freigesprochen. Einem Verurteilten wurde eine dreijährige Bewährungsfrist bewilligt. Zwei weiteren unter der Bedingung, daß sie Geldstrafen von je 100 Mark zahlten. Am Tage des Volksentscheids hatte ein

Trupp des Roten Frontkämpferbundes eine Abteilung Jungso angegriffen, wobei sich eine gefährliche Schlägerei entzündet hatte, in der die Verurteilten die Rolle von „Räufelhäuptern“ spielten.

## Am das Schiedsgericht im Mexikokonflikt.

### Die Lage bleibt gespannt.

WTB. Washington, 21. Januar.

Der auswärtige Ausschuss des Senats hat die Entschließung des demokratischen Senators Robinson über die schiedsgerichtliche Entscheidung des Streit mit Mexiko gebilligt. Diese Entschließung, die lediglich die Meinung des Senats zum Ausdruck bringt, ist allerdings für die Regierung nicht bindend. (Selbst wenn das Staatsdepartement diesem Beschluß beitrifft, so werden damit keinesfalls die Ansprüche der nordamerikanischen Delmagaten aufgegeben. Red. d. L. W.)

WTB. New York, 22. Januar.

Das Weiße Haus ist trotz der durch den Senatsausschuss des Außenwerts mit großer Mehrheit erfolgten schiedsgerichtlichen Entscheidung des Senators Robinson auch weiter gegen eine schiedsgerichtliche Lösung des Konflikts mit Mexiko. Coolidge ließ erklären, daß die Regierung bei einer in der heutigen Senatsitzung erfolgenden Annahme der Resolution entschlossen sei, die Zustimmung zu ignorieren. Das amerikanische Volk werde die Haltung der Regierung gutheißen, wenn es sich gegenwärtig, das es sich um die Beschlagnahme amerikanischer Eigentums im Ausland handele. Ueber die Last der Beschlagnahme könne keine Entscheidung hinweghelfen. Das Schiedsgericht sei auch schon deshalb zwecklos, weil Mexiko an den Konstellationen selbst nicht rütteln lassen wolle. Nach Meldungen aus Mexiko City kauft heute die Anmeldebüro für die Ausländer ab, deren Eigentum auf Grund der Land- und Oelgesetze konfiszieren werden soll. Die Ausländer müssen sich bis heute erklären, ob sie sich dem Gesetz fügen wollen. Diejenigen, die die Anmeldung unterlassen haben, können nun nichts mehr gegen die Beschlagnahme unternehmen.

Das mexikanische Außenministerium teilt zu der bei den nordamerikanischen Presse erörterten Frage der Stellung Mexikos gegenüber einer schiedsgerichtlichen Beilegung des Konflikts mit den Vereinigten Staaten mit, daß die mexikanische Regierung im Prinzip bereit ist, die Beilegung der Schwierigkeiten einem internationalen Schiedsgericht zu übertragen.

SPD. Paris, 24. Januar. (Radio.)

New Yorker Blättern zufolge haben die Gewerkschaftsorganisationen in Buenos Aires, Santa Juakoba, Chile und Montevideo große Massendemonstrationen abgehalten, in welchen sie gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten in Mexiko und Nicaragua gegenüber protestierten.

## Das Urteil gegen die katalanischen Verschwörer.

WTB. Paris, 22. Januar.

Heute abend wurde in der Angelegenheit des katalanischen Komplotts das Urteil gefällt. Macia und Riccotti Garibaldi erhielten wegen verbotenen Waffenbesitzes je zwei Monate Gefängnis und je 100 Francs Geldstrafe, die übrigen Angeklagten wegen gleichen Vergehens — nämlich Katalanentum mit Ausnahme des Italieners Rizzoli — je einen Monat Gefängnis und 50 Francs Geldstrafe, und zwar alle ohne Bewährungsfrist. Die Strafen gelten als durch die Untersuchungsbehörde erfüllt. Die Angeklagten werden demnach in Freiheit gesetzt werden. In der Urteilsbegründung wird erklärt, daß Garibaldi Teilnahme an dem katalanischen Komplott nicht erwiesen ist.

Paris, 23. Januar.

Gestern hat der Minister des Innern Sarraut gegen alle in das katalanische Komplott verwickelten und gestern abend vom Vorrat Gericht verurteilten Personen, die übrigens gestern abend bereits in Freiheit gesetzt wurden, einen Ausweisungsbefehl erlassen. Dem Obersten Macia und seinen Genossen wird eine Frist von einem Monat gewährt. Riccotti Garibaldi nur eine solche von drei Tagen.

## Wieder ein Lockspiegel verhaftet.

SPD. Paris, 24. Januar. (Radio.)

In Nizza wurde am Sonnabend auf Grund einer Denunziation eines Redakteurs der in Paris erscheinenden antisemitischen Zeitung ein Italiener verhaftet. Die betreffende Person hat angeblich ein Attentat gegen Mussolini geplant. Das Verhör des Verhafteten ergab, daß es sich um einen italienischen Lockspiegel handelt, der gegenüber dem angeführten Denunzianten ein Attentat gegen Mussolini propagierte, um die Verhaftung dieses antisemitischen Redakteurs herbeizuführen.

## Kein Landesverratsverfahren gegen Künstler.

Die Berliner Blättern von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die Meldungen, wonach das Reichswehrministerium die Einleitung eines Verratsverfahrens gegen Künstler wegen Landesverrats beantragt haben soll, völlig unzutreffend.

Wohl nicht mit Unrecht bemerkt die Volksliste Zeitung zu dem neuesten Dementi aus dem Reichswehrministerium: Man wird die Frage aufwerfen dürfen, ob nicht lediglich die rechtzeitige Veröffentlichung gewisse Pläne geteilt hat, die überdies die baldige Reichsaufhebung und Aufhebung der Immunität in Rechnung stellen.

## Auflösung des memeländischen Landtages.

Memel, 20. Januar.

Eine Sonderausgabe des Amtsblattes, die in der Nacht zum Sonntag erschienen ist, enthält die vom Gouverneur und dem Landespräsidenten unterzeichnete Verfügung, daß der Landtag mit sofortiger Wirkung aufgelöst ist und daß die Neuwahlen am 4. März stattfinden.

Vor der Auflösung war am Sonnabend mittag vom Gouverneur im Einvernehmen mit dem Direktorium eine außerordentliche Landtagsitzung einberufen worden. Es waren jedoch von 29 Abgeordneten nur zwölf erschienen, so daß das Haus beschlußunfähig war.

Heinrich Skarz verhaftet. Der aus vielfachen Prozessen bekannte Heinrich Skarz wurde wegen Betruges verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hugo Saube in Leipzig.

Verantwortlich für den Interatenteil:

Hugo Saube in Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Spul- und Madenwürmer schädigen die Gesundheit, das wirksamste Mittel dagegen ist Wurmfeld Alolin echt König-Salomo-Apotheke, Postversand Grimmische Straße 17

Der Abdruck unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma Hollentamp u. Co., Leipzig, Brühl, 66a Reichstraße, bei.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.



Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 24. Januar.

Kulturkampf an der Pleiße!

Ein offener Brief von Home.

Hier Oberbürgermeister,

also gewissermaßen sind wir ja Kollegen, indem daß wir beide näm- lich von Schulfragen nicht viel verstehen und gleichwohl darüber reden. Das ist gewiß nicht hübsch von uns und wir sollten uns eigenlich was schämen; und deshalb verspreche ich Dir, daß, wenn Du anfängst, ich Deinem Beispiel folgen werde. Bis dahin aber fließt noch viel Wasser die wildschäumende Pleiße hinab und ich erzähle Dir inzwischen etwas, von dem ich hoffe, daß es auch für Dich von Nutzen sein wird, und daß es Deine Schulkenntnisse eben- so ergänzen wird, wie es die meinen wertlos und überflüssig ge- macht hat.

Mit Deinem hohen und verantwortungsvollen Amt, das in der Gesellschaft großes Ansehen genießt, ist das Prädikat „Lebensläng- lich“ verbunden, eine Auszeichnung, die außer Oberbürgermeistern manchmal auch Angehörigen von gesellschaftlich minder geschätzten Berufsgruppen verliehen wird. Obgleich Dir nun eigentlich nichts Schlimmeres mehr passieren kann und Du es deshalb ja gar nicht nötig hättest, noch etwas hinzuzulernen — zumal Du ja noch die gute, alte, solide Schulbildung genossen hast — so rate ich Dir trotzdem, noch dann und wann mal wieder etwas für Deine Bil- dung zu tun. Man muß das. Es macht äußerlich gut, erhöht das Ansehen und braucht einen ja sonst nicht weiter zu stören. Ich mache das auch von Zeit zu Zeit. Dann setze ich mich hin und schreibe so hübsche Sachen, wie diesen Brief an Dich.

Wir ist da nämlich ein Buch in die Hände gefallen, daß mich — trotz dieser Republik — Wirklich beunruhigt hat. Es ist ein grund- gescheites Buch, fast zu geschick für diese Menschheit im allgemeinen und uns beide im besonderen. Es ist aber in Wirklichkeit kein heiteres Buch, trotz seiner heiteren Ironie, sondern ein sehr ernstes. Ich habe es gelesen, Du müßtest es lesen, er, sie, es, der alte und der neue Sächsische Lehrerverein und die Leiter des Intelligenz- blattes am Peterssteinweg und erst recht die der Arbeiterpresse, alle Eltern und Erzieher und alle, die es werden oder wenigstens darüber reden wollen, sie müßten und sollten es lesen. In diesem Buche wird das Tiefste, Prinzipiellste, Einleuchtendste, Gescheiteste und Bissigste gesagt, was in der letzten Zeit überhaupt auf knappem Platz zu Erziehungsfragen und zu Unterrichts- fragen gesagt worden ist.

Ich habe mit Absicht nicht Erziehungs- und Unter- richtsfragen gesagt. Du mußt nämlich wissen: Das sind zwei grundverschiedene Dinge. Ueber Unterrichtsfragen läßt man sich die Leute zanken und Erziehungsfragen meint man. Was so ein Volksschüler in acht oder neun Jahren Unter- richt lernt, vor allem aber das, was er davon in der gegenwärtigen Kultur wirklich braucht, das kann der Erwachsene nämlich in Wochen lernen. „Nur ganz wenige, übrigens ökonomisch sehr unwichtige Berufe bedürfen einer spezifischen Vorbereitung in der Kindheit, das Sellkanten, Pianovirtuosentum und erbmonarchische Regieren etwa.“ sagt der Autor dieses köstlichen Buches. Da ich ihn persönlich kenne, werde ich ihn fragen, wie das in diesem Punkte mit den Oberbürgermeistern sei...

Die Erziehung aber, die mit diesem Unterricht verknüpft ist, das ist der eigentliche Zweck des schönen Schulbetriebes und die kommt freilich beim Erwachsenen überhaupt nicht mehr zum Ziel. Sie muß am Rinde Jahre hindurch verübt werden und hat, allen idealen Gesinnungen von den „Menschheitszielen“ der Pädago- gik zum Trotz, immer nur den einen Zweck verfolgt und immer nur das eine Ziel dabei erreicht: Die heranwachsende Generation zu brauchbaren Gliedern der jeweils herrschenden Ge- sellschaft zu machen. Und da wir, wie auch Du bemerkt haben wirst, im Zeitalter des Kapitalismus leben, so hat dessen Pädagogik, die — zufällig, wie Du sagen, aber laß mich ausreden — vor gut hundert Jahren mit dem Anfang des modernen Kapitalismus ihr Wesen und Ansehen zu treiben begann, immer nur eines gewollt und auch stets erreicht: Dem Kapitalismus brauchbare Arbeiter zu stellen, die gerade soviel können, daß sie brauchbar sind, und die doch nicht soviel wissen, um all das zu durchschauen. Aber in Gottesfurcht und -sorge sind sie groß ge- worden und dabei hat man sie hübsch klein gekriegt, heiße dieser Gott nun wirklich „Gott“ oder bloß „Eltern“ oder „Lehrmeister“ oder „Fabrikdirektor“ oder „Unteroffizier“ oder „Staatsautorität“ oder „Wilhelm der Zweite“. Das ist der wirkliche Sinn des alten Schulregiments und deshalb schreien alle Reaktionäre über die „Verwahrlosung der Jugend“ in der neuen Schule, deren Zweck eben nicht sein will, ladavergehorrsame Unterthanentiere zu er- zeugen. Deshalb schlagen sie auf den Saak „Vernunft“ und meinen den Esel „Erziehung“. Auch Du hast es getan. Ob Du Dir dessen bewußt bist oder ob Du nur, aus den Bedingungen Deiner bürger- lichen Klassenzugehörigkeit heraus, instinktiv das für das Bürger- tum Richtige gemacht hast, ist dabei gleichgültig.

Wir merken sowas nämlich doch, wie geschickt Du's auch an- drechst. Vielleicht hat Du aber inzwischen gemerkt, daß es sogar Bilder gibt, die wenn man sie hübsch sorgsam durchliest, einen be- fähigen, über Schulfragen ganz leidlich klug mitzureden, fast so klug wie ein Oberbürgermeister. Deshalb will ich Dir nun auch zur Be- lohnung dafür, daß Du mir bis hierher gefolgt bist, den Titel jenes Reherbuches verraten, von dem ich dauernd rede. Es heißt: „Siphos oder Die Grenzen der Erziehung“, ist 1925 im Internationalen Psychoanalytischen Verlag Leipzig-Wien erschienen und sein Ver- fasser ist Dr. Siegfried Bernfeld, ein — erfährt nicht und sey Dich erst — Psychoanalytiker und Marxist zugleich. Es ist kein ganz leicht geschriebenes Buch; aber wenn Du Dir soviel Mühe gibst wie ich mir, wirst Du es auch verstehen. Und wenn Du auch nicht alles verstehen solltest, was Bernfeld sagt, sondern vielleicht nur die Hälfte, so dürfte das schon vollaus genügen. An Dir die Mühe aufzuwahren zu lassen, daß es wirklich sehr ernste und schwierige Fragen des Klassenkampfes sind, um die es sich hier tat- sächlich handelt und daß man, wofern man kein ganz schlauer

Das städtische Bauprogramm 1927.

509 neue städtische Wohnungen.

Im Oktober des vergangenen Jahres hat der Rat in einer Vorlage über das Wohnungsbauprogramm den Stadtvorordneten mit- geteilt, daß aus den Aufwertungssteuermitteln des Jahres 1927 rund 2000 Wohnungen, und zwar 1500 private und ge- nossenschaftliche Wohnungen und 500 städtische Wohnungen Vaudarlehen erhalten. Da die zu erwartenden Mietzinssteuereingänge zunächst hierzu nicht ausreichen, hat sich der Rat zur Verwirklichung der Mittel im Interesse der größtmög- lichen Förderung des Wohnungsbaues einen Zwischenkredit beschafft, der die Durchführung dieses Programms ermöglicht.

Der Rat hat jetzt den Stadtvorordneten eine Vorlage über die Errichtung von städtischen Wohnungen unterbreitet. Er plant die Errichtung von 62 Häusern mit 386 Wohnungen und 2 Läden in L.-Schönefeld und von 21 Häusern mit 143 Wohnungen und 2 Läden in L.-Wahren.

In L.-Schönefeld handelt es sich um die Bebauung der an der Lindenallee zwischen Schauer- und Pöbauer Straße und einem Teil der Paul-Henje-Straße liegenden, der Stadtgemeinde gehörenden Baublocke. In L.-Wahren soll der von der Hallischen, Wilhelm-, König- und Bahnhofsstraße umrahmte städtische Baublock bebaut werden. Wäh- rend es sich bei der ersten Planung um die Weiterführung einer bereits seit Jahren in dieser Gegend betriebenen Neubautätigkeit handelt, war für die Auswahl des letztgenannten Baublocks neben dem dringenden Bedürfnis nach Neubautwohnungen in dieser Ge- gend die Zusage im Einverleibungsvertrag, den Bau von Kleinwohnungen in diesem Ortsteil möglichst zu fördern, maß- gebend.

Ordnet man die geplanten Wohnungen nach Größe und Zimmerzahl, so ergibt sich folgendes Bild:

Table with 4 columns: Zimmer und Küche, 2 Zimmer, 3 Zimmer, 4 Zimmer. Rows: Leipzig-Schönefeld, Leipzig-Wahren, zusammen: 119, 386, 4.

Die Baukosten sind vom Hochbauamt für Schönefeld auf 4 173 630 M. und für Wahren auf 1 720 000 M. berechnet wor- den, insgesamt also eine Summe von 5 893 630 M.

Zu den Baukosten werden aus Aufwertungssteuermitteln nach den Richtlinien des Ministeriums vom 31. März 1926 und nach den gleichen Grundzügen, nach denen private und genossenschaft- liche Bauten berücksichtigt werden, 4 704 030 M. beigetragen. Der eigene Anteil der Stadtgemeinde an den Baukosten in Höhe von 1 189 600 M. ist vom Stammvermögen zu tragen. Ergänzend wird bemerkt, daß sich sowohl der Anteil der Aufwertungssteuer als auch des Stammvermögens um mehrere tausend Mark ver- ringern kann, wenn das Ministerium zur Errichtung einiger Woh- nungen für kinderreiche Familien, wie der Rat bereits beantragt hat, Sonderzuschüsse gewähren sollte. Auch will der Rat die künftigen Lädeninhaber zu den Baukosten heranziehen. In Übereinstimmung mit dem gemischten Ausschuß für das

Wohnungsweesen schlägt der Rat den Stadtvorordneten vor, dem städtischen Wohnungsbauprogramm zuzustimmen und zur Durch- führung der Bauten ein Berechnungsgeld von 1 189 600 M. aus dem Stammvermögen zu bewilligen.

Bei der Beratung des 11. Bauabschnittes des Bauprogramms von 1926 war von den Stadtvorordneten beschlossen worden, daß ihnen der Rat eine Vorlage über die Verwendung der gesamten bisher aufkommenen Mietzinssteuer unterbreite. Die dem Rat seit dem 1. Januar 1924 zur Verfügung stehenden Mittel aus der Aufwertungssteuer (Mietzinssteuer) betragen:

Table with 2 columns: Stadt, Wohnungsbaubgabe 1. Vierteljahr 1924, Aufwertungssteuer-1924, Aufwertungssteuer 1925, Aufwertungssteuer 1926 (bis 31. 12. 26), Staatsbaudarlehen 1926 (625 000 + 315 000 M.), zusammen: 41 302 360 RM.

Table with 2 columns: Verwendung, 1924: Beihilfedarlehen für 1150 städt. Wohnungen, 1925: Beihilfedarlehen für 285 genossenschaftliche und private Wohnungen, 1926: Beihilfedarlehen für 602 städt. Wohnungen, 1926: Beihilfedarlehen für 462 genossenschaftliche und private Wohnungen, 1926: Beihilfedarlehen für 917 städt. Wohnungen, 1926: Beihilfedarlehen für 863 genossenschaftliche und private Wohnungen, 1924/26: Darlehen an den Mietausgleichsstad für Instandsetzungsarbeiten in priv. Häusern, 1926: Umsiedlungsbeihilfen für 22 priv. Siedler, zusammen: 43 737 588 RM.

Zur Deckung der scheinbaren Mehrausgaben, sagt der Rat, stehen die Erträge vom 1.—31. März 1927 zur Verfügung. Sie können mit wenigstens 3 Millionen Mark eingeleht werden. Ueber- dies steht zu erwarten, daß die endgültige Abrechnung der städti- schen Wohnungsbauten Ersparnisse gegenüber den oben eingelehten Beträgen ergibt.

Das vom Rat vorgelegte Wohnungsbauprogramm für das Jahr 1927 in Verbindung mit den von Genossenschaften und Pri- vaten geplanten Wohnungsneubauten ist angesichts der großen Zahl Wohnungsuchender außerordentlich dürftig. Wenn der Wohnungsbau im gleichen Tempo fortgesetzt wird, ist in zehn Jah- ren die Wohnungsnot noch lange nicht behoben. Wir wissen, daß die Stadtgemeinde allein nicht in der Lage ist, in kurzer Zeit den fehlenden Wohnungsraum zu beschaffen, obwohl auch von dieser hätte mehr getan werden können. Dazu sind Maßnahmen von Reich und Ländern notwendig. Vor allem müssen die Erträge der Aufwertungssteuer restlos dem Wohnungsbau zugewandt wer- den. Es darf davon nicht, wie bis jetzt, ein großer Prozentsatz für allgemeine Verwaltungszwecke verwendet werden. Hätte man von Anfang, wie es von sozialdemokratischer Seite gefordert wurde, die Aufwertungssteuer nur für den Wohnungsbau verwendet, wäre es um die Wohnungsverhältnisse und die Gesundheit der Bevöl- kerung besser bestellt.

Fuchs oder ein Geistesriese oder ein Mussolini ist, manchmal besser daran tut, zu schweigen.

Das will ich nun aber beherzigen und schließe deshalb mit der Versicherung, daß ich gerne wieder etwas von mir hören lasse. Homo.

Ausstellung „Der Mensch“.

Bei großem Andrang bis 9 Uhr abends geöffnet.

Die Ausstellungsleitung des Deutschen Hygiene-Museums schreibt uns: Erklärlicherweise hebt sich der Besuch der Ausstellung „Der Mensch“ von Tag zu Tag, so daß zu einzelnen Tageszeiten insolge der starken Ueberfüllung teilweise abgesperrt werden mußte. Die Ausstellungsleitung empfiehlt besonders den Besuch in den Abend- und Morgenstunden. Bei stärkerem Besuch durch größere Kor- porationen besteht die Möglichkeit, die Ausstellung bis um 9 Uhr offen zu halten. Während dieser Zeit sind auch nach Verabredung an der Kasse Sonderführungen möglich; eventuell kostenlos. Eine Verlängerung der Ausstellung ist nicht möglich, da weitere Großstädte im Reiche die Ausstellung angefor- dert haben.

Vorträge und Veranstaltungen.

Dienstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, im Hörsaal 36 der Universität Leipzig (Eingang Augustusplatz): Privatdozent Dr. Rosenbaum (Leipzig): „Die Erziehung des Kleinkindes.“ Zu diesem Vortrag Eintritt nur gegen Karten, die unentgeltlich an der Kasse der Hygiene-Ausstellung zu haben sind (vom 24. Januar ab).

Mittwoch, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Städtischen Kauf- hause (Eingang Kupfergasse): Facharzt Dr. Braun (Leipzig): „Ueber Geschlechtskrankheiten.“ Mit Lichtbildern. Nur für Frauen.

Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Hofsaal des Rathauses: Obergerichtsrat Herrmann (Misa): „Arbeiterschuh in Landwirtschaft und Gartenbau.“

Freitag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im Hörsaal 36 der Universität Leipzig (Eingang Augustusplatz): Privatdozent Dr. Korbhorn (Leipzig): „Chirurgie und Orthopädie im Dienste der Volksgesundheit.“ Mit Lichtbildern. Zu diesem Vortrag Eintritt nur gegen Karten, die unentgeltlich an der Kasse der Hygiene- Ausstellung zu haben sind (vom 28. Januar ab).

Sonnabend, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im Städtischen Kaufhause (Eingang Kupfergasse): Verbandsportlehrer Hoffmann (Leipzig): „Zimmergymnastik und Gymnastik im Freien.“ Mit Lichtbildern.

Täglich 4 und 6 Uhr ärztliche Führungen durch die Ausstellung. Sonderführungen nach Vereinbarung mit Stadtbezirksarzt Dr. Poetter.

In der Ausstellung jeden Nachmittag hygienisches Kaiserper- theater. In den Ausstellungs-Vischspielen fortgesetzt Vorführung belehrender wissenschaftlicher und unterhaltender Filme.

Die mittlere Reife.

Das Zeugnis für den einjährig-freiwilligen Dienst im Heere, das zugleich die Berechtigung für mittlere Stellen der öffentlichen Verwaltung und des Wirtschaftslebens einschloß, ist gefallen. Nach jahrelangen Verhandlungen sind Reich und Länder übereinge- kommen, dem Drängen vieler Verwaltungszweige und vieler In- dustrie- und Handelsvertretungen folgend, nunmehr ein Zeugnis der mittleren Reife einzuführen. Es legt den Bildungsgrad fest,

den hinsichtlich der allgemeinen Anforderungen eine ganze Reihe mittlerer Berufe im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft ver- langen.

Das sächsische Volksbildungsministerium hat soeben durch eine Verordnung die mittlere Reife den Schülern und Schülerinnen an öffentlichen Schulen zugesprochen. Sie

- a) von Untersekunda nach Obersekunda einer höheren Schule (Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule, Deutsche Ober- schule, Kaufschule, sechsstufige Studienanstalt) regelrecht ver- setzt worden sind; b) die Abgangsprüfung einer Realschule oder einer höheren Mädchenschule mit Erfolg abgelegt haben; c) die Abgangsprüfung der dreistufigen Abteilungen der höheren Schule für Frauenberufe in Leipzig mit Erfolg abgelegt haben; d) die Abgangsprüfung einer sechstägigen höheren Abteilung der allgemeinen Volksschule (Sprachklassen mit neuntem und zehntem Schuljahr) mit Erfolg abgelegt haben.

Die Eltern müssen dieser Neuerung volle Aufmerksamkeit zu- wenden. Wenn sie vor der Entscheidung stehen: Welche Bildungs- bahn soll mein zehnjähriges Kind einschlagen, um sich die Anwart- schaft auf eine gehobene Stelle im Staats-, Gemeinde- und Wirt- schaftswesen zu sichern?, dann sind nicht nur die hergebrachten Wege in Betracht zu ziehen, sondern auch das nunmehr gleichwertige 9. und 10. Schuljahr, das sich auf die Sprachklassen der Leipziger Volksschulen aufhebt und bereits Schulgeld- und Lernmittelfreiheit sowie Erziehungsbeihilfen eingeräumt bekommen hat. Dieser jüngste Zweig in unserm Schulwesen möge sich erproben!

Unter falscher Flagge.

Der „Ausschuh der Werttätigen Sachsen“ läßt einen Hand- zettel verteilen, auf dem für heute abend zum Besuch einer „Öffent- lichen Kundgebung“ aufgefordert wird. Neben dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Böttcher wird ein Kongreßdelegierter Schred, Detmold, als Redner genannt, der der SPD. angehören soll. Wir können jetzt nicht nachprüfen, ob Schred der Sozialdemokratischen Partei angehört, aber feststeht, daß die „Kundgebung“ eine partei- kommunistische Masche ist, bei der sich die SPD., um Massen auf die Linke zu bringen, sich des „Ausschusses der Werttätigen Sachsen“ bedient. Es muß um die Anziehungskraft der SPD. auf die Arbeiterschaft schlecht bestellt sein, wenn sie zu solchen Täuschungs- manövern greifen muß.

Die aufgeklärte Arbeiterschaft wird die kommunistischen Droh- zicher unter sich lassen.

Mietwucher auch bei Schwarzvermietung strafbar.

Der Rechner König in Leipzig hatte von seiner Fünf- zimmerwohnung (Friedensmiete 800 Mark) im Jahre 1925 an einen Arbeiter zwei leere Räume zu einem Mietzins von monatlich 50 Mark abvermietet. Im Januar und Februar 1926 blieb der Untermieter teilweise und im März ganz mit seinem Mietzins im Rückstand und wurde deshalb vom Hauptmieter auf zweimal 25 Mark und einmal 50 Mark rückständigen Mietzins verklagt. Der Zivilprozeß wurde, da der Untermieter den Hauptmieter wegen Leistungswucher angezeigt, ausgesetzt, doch mußte der Untermieter am 15. April die beiden Zimmer räumen, weil er ohne Genehmigung des Wohnungsamtes eingezogen war. Der Hauptmieter aber wurde vom Amtsgericht wegen Wucher mit Rücklagen zu 200 Mark Geld- strafe verurteilt auf Grund von § 49 a des neuen Mieterchutz- gesetzes. Der Angeklagte habe in der Zeit von Juli bis mit De- zember 1925 an Untermieter 182 Mark zu viel gefor- dert und die Unangemessenheit und Uebermäßigkeit seiner Forde- rung auch erkannt, also vorfälschlich gehandelt. Die Revision des

# Wo ruft die Pflicht?

Frauen.

Zum Besuch des Pianolariums Pfaffenburger Straße, morgen Dienstag, treffen wir uns:

- Mit-Beipzig (Eub): Nachmittags 1/2 Uhr am Volkshaus.
- Oken: 1/2 Uhr am Stephanplatz.
- Schönefeld: 1/2 Uhr am Stannbeinplatz.
- Sting: 1/2 Uhr am Konium.
- Thonberg: 1/2 Uhr am Ostplatz.
- Sistritz: 1/2 Uhr am Schönbach- und Papiermühlstraße.
- Entschick: 1/2 Uhr am Schmuckplatz, Wittenberger Straße.
- Modau: 1/2 Uhr an der Hermannstraße.
- Hindenburg: 1/2 am Planetarium.

Karten sind noch am Eingang zu haben.

Sting. Der Frauenabend fällt im Januar aus. Schönefeld, Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr, in der Wilhelmstraße, Ecke Dimpfel- und Steintor Straße. Vortrag der Genossin Martha Schilling über: Was belastet unsern Haushalt?

Oken. Alle Funktionärinnen heute abend nach dem Frauenabend wichtige Besprechung.

Mit-Beipzig. Wer an dem Kursus Starymann-Hunger teilnehmen will, muß sich sofort bei der Genossin Hammer einschreiben, da wie diese Woche keinen Frauenabend haben.

Großsch. Morgen Dienstag, im Allen Schützenhaus, Frauenabend.

Paunsdorf. Besichtigung der Ausstellung Der Kunst Mittwoch, den 20. Januar. Treffpunkt 1/2 Uhr am Konium.

## Wohlfahrtspflege.

Schöpfen und Geschworene!

Für Anfang Februar ist ein Kursus für Schöpfen und Geschworene geplant. Lehrer ist Amtsgerichtspräsident Dr. Endersohn. Meldungen zur Teilnahme, soweit noch nicht geschehen, werden schriftlich oder mündlich im WBZ, Braustraße 17, entgegengenommen.

## Genossenschaft.

Oktobert. Heute Montag, abends 8 Uhr, in Kaplers Gäßchen, wichtige Funktionärversammlung.

## Gemeinschaft Kinderfreunde.

Leusch. Alle Kinder treffen sich Dienstag um 3 Uhr an der Schule.

## Mitglieder-Vereinigungen

Modau. Alle pflichtbewussten Mitglieder erscheinen pünktlich zu der heutigen Generalversammlung im Ratskeller. Wichtige Fragen sollen zur Tagesordnung und müssen sämtliche Mitglieder betreffen sein, zur Erledigung derselben mit beizutragen.

Mit-Beipzig (Nord). Mittwoch, den 20. Januar, abends 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant von Appelboom, Berliner Straße 34. Tagesordnung: Bericht des Vertrauensmannes, Neuwahl desselben und sämtlicher Funktionäre.

## Religions- und Kulturvereine.

Großsch. Mittwoch, den 20. Januar, im Allen Schützenhaus: Generalversammlung.

Ungeklagte machte geltend, daß eine Bestrafung nicht erfolgen könne, weil der abgeschlossene Untermietvertrag ungültig gewesen sei, da Schwarzvermietung vorgelegen habe. Das Oberlandesgericht Dresden hat das Rechtsmittel verworfen. Das Vorliegen eines rechtsgültigen Mietvertrages sei nicht Voraussetzung für die Anwendung der angelegenen Gehehensbestimmung, es genüge schon das Fehlen einer übermäßigen Vergütung.

## Erste Hilfe bei Unglücksfällen.

Der größte Teil der Bevölkerung weiß nicht darüber, wie bei Unglücksfällen erste Hilfe zu leisten ist. Der Arbeiteramarbeiterbund gibt nun aber in weitestgehendem Maße Gelegenheit, diesem Uebelstande abzuwehren. Die Leitung dieser Kurse liegt, wie man uns mitteilt, in ärztlichen Händen. Speziell die Betriebsärzte und Belegkaplanen werden eruchtet, Kollegen in diese Kurse zu entsenden. Wie notwendig sie sind, glaubt der Arbeiteramarbeiterbund schon damit beweisen zu können, daß allein in Leipzig im Jahre 1920 von ihm in über 38000 Fällen erste Hilfe geleistet wurde. Die Kurse finden statt: Im Westen: Karl-Helne-Straße, Restaurant „Zwei Linden“. Jeden Montag und Freitag abend Anmeldung. Im Osten: Kirchstraße, Resthof. Jeden Dienstag und Freitag Anmeldung. Im Zentrum: Volkshaus, Zimmer an der Tafel erkennlich. Jeden Freitag abend Anmeldung. Im Süden: Gaußsch. Schule. Jeden Freitag abend Anmeldung. Im Norden: Restaurant Modauauschank, Gohlis, Eisbahnstraße. Jeden Freitag Anmeldung. Kursbeitrag 3 Mark. Arbeitslohn frei.

Deffentliche Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch, 20. Januar. Tagesordnung: 1. Wahl von Mitgliedern eines gemischten Ausschusses und eines Ausschusses. 2. Berichtigung nicht öffentlicher Angelegenheiten durch zwei hiesige Zeitungen. Gegebenenfalls: a) Ueberlassung von Land an einen Turn- und Sportverein, b) Ausbau der Leuschter Allee, Verbreiterung der Weipertstraße und des Schleißiger Weges, c) Wohnungsbauprogramm 1927 usw., d) Abrechnungen, e) Bauplan für ein neues Kinderkrankenhaus usw., f) Pflegehaus I (Kochkessel), g) Schließungsbüro und Feuerwehrtürme (Einigungsverfahren, Einigungsaustrich), h) Technische Lehranstalten und Berufsschulen (Nachberufungen), i) Arbeits- und Unterrichtszeiten an den Berufsschulen, j) Begründung von Lehrstellen an höheren Lehranstalten, k) Begründung der Stelle eines Stadtschulrats, l) Abgangs- und Aufnahmegebühren der höheren Lehranstalten und höheren Berufsschulen, m) Errichtung eines Berufsschulgebäudes, n) Beamtinnen-Raststätten, o) Arbeiterlöhne usw. 7. a) Freimachung einer Wohnung im Grundstück Mühlstraße 14 für Jugendheimzwecke, b) Mittagsverteilung in den Schulhorten, c) Pflegekinderordnung, d) Veranlagungsänderung für Blinde.

Graphische Sammlung des Museums der bildenden Künste, Augustusplatz. Ausstellung von Aquarellen, Zeichnungen und Graphik moderner Schweizer Künstler. Verkäuflich durch den Kunstverein. Am Mittwoch, dem 20. Januar 1927, abends 7 1/2 Uhr, wird Dr. Hildegard Hegne über Julius Schnorr von Carolsfeld sprechen. 2. Teil, anhand der in der Graphischen Sammlung befindlichen Originale. Montags 7-9 Uhr ist die Graphische Sammlung für Wappenschnitt geöffnet.

Höhere Maschinenbau-Schule der Stadt Leipzig mit den Abteilungen für Maschinenbau, Betriebstechnik und Elektrotechnik. Der Unterricht im Sommerhalbjahr 1927 beginnt Mittwoch, den 20. April. Die Aufnahmeprüfung findet in der Zeit vom 7. bis 12. März statt. Anmeldungen sind umgehend zu bewirken. Auskunft durch die Geschäftsstelle, Wächterstraße 13.

Das Naturkundliche Heimatmuseum am Fleischmarkt (Eingang Lorchingstr. 3) nimmt in dieser Woche seine Mittwochabendführungen wieder auf. Die erste Führung findet statt: Mittwoch, den 20. Januar, abends 1/2 Uhr. Herr Dr. Walz spricht über den geographischen Untergrund der Leipziger Tieflandsbucht. Die Teilnahme ist für jedermann frei.

Volkshochschule Leipzig. Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: In dem Wirtschaftlichen Auswahlabend (Hermann) am Mittwoch, dem 20. Januar, soll der Aufsatz: „Die Börse im Jahre 1926“ aus der Volkszeitung vom Donnerstag, dem 20. Januar, besprochen werden.

WBZ. Zu unseren Kursen können Anmeldungen auch in sämtlichen Geschäftsstellen erfolgen.

# Wirtschaft

## Störungen des Warenverkehrs in Rußland.

Abfahrtsreise im Anzug?

Von S. Eber.

Die Lage des Marktes für industrielle Massenbedarfsartikel weist in Rußland im laufenden Jahre neue, eigentümliche Züge auf.

Das niedrige Niveau der industriellen Entwicklung der Sowjetunion ist die wesentlichste Ursache der Verlangsamung im Tempo des allgemeinen wirtschaftlichen Aufstieges des Landes. Bei dem gegenwärtigen Umfang der industriellen Produktion fehlt es in Rußland in fühlbarer Weise an Industrieprodukten. Die Produktion bleibt hinter dem Lebensstande zurück. Nach amtlichen Angaben ist anzunehmen, daß die industrielle Produktion im Wirtschaftsjahr 1925/26 90 Prozent der Vorkriegsproduktion erreicht hätte. Aber diese Entwicklung ging keineswegs gleichmäßig vor sich, und eine Anzahl von Produktionszweigen haben auch jenes Niveau noch nicht einmal erreicht. So z. B. belief sich die Produktion von Gußeisen im Jahre 1925/26 auf 55,5 Prozent der Friedensproduktion, die Erzeugung von Zucker auf 76,4 Prozent, die Erzeugung von Salz auf 73,8 Prozent der Vorkriegshöhe usw. Dabei ist auch nicht zu vergessen, daß der Vorkriegsstand der russischen Produktion und des Verbrauchs an Industriewaren im Vergleich zu anderen Ländern höchst unzureichend war.

Im vergangenen Jahre hatte der Mangel an Industrieerzeugnissen einen akuten Warenmangel zur Folge. Die Verbraucher kauften alles, was ihnen in den Geschäften angeboten wurde. Man fragte meber nach der Qualität der Ware, noch nach ihrer Eignung oder nach den Saisonverhältnissen. In vielen Waren war dauernd ein fühlbarer Mangel, die Nachfrage konnte nicht befriedigt werden. Unter diese sogenannten Defizitartikel fielen alle Arten von Textilfabrikaten, fast sämtliche Erzeugnisse aus Metall, Lederwaren usw. Die genossenschaftlichen Organisationen bemühten sich darum, einen denkbar großen Teil der Produktion der staatlichen Industrie geleistet zu bekommen.

Das laufende Jahr zeigt einen wesentlich anderen Marktverlauf. Ein gewisser Rückgang der Nachfrage nach Industrieprodukten ist zu verzeichnen. Die Marktlage kann natürlich für die verschiedenen Bezirke des umfangreichen Gebietes der Sowjetunion nicht ein und dieselbe sein, und trotzdem ist sich die gesamte Sowjetpresse darin einig, daß die Schärfe der Warennot im Vergleich zum Vorjahr etwas gemildert ist. Die Zahl der Defizitwaren ist zurückgegangen. Die Genossenschaften sind bestrebt, alte Lieferungsverträge abzuändern, um eine Herabsetzung des auf sie entfallenden Lieferquantums zu erreichen. Und naturgemäß erweckt die plötzliche Veränderung der Marktkonjunktur allgemeines Interesse.

In anderen Ländern pflegen Absatzstörungen vornehmlich wegen der zu niedrigen Kaufkraft breiter Massen der Bevölkerung und einer relativen Ueberfüllung der Warenzirkulation einzutreten. In der Sowjetunion ist im laufenden Jahre einerseits gewiß auch die Kaufkraft der Bevölkerung wegen des Anwachsenden der Steuerlasten und anderer Zahlungsverpflichtungen und des erhöhten Konsums gesunken. Aber andererseits ist nichtsdestoweniger die latente Kaufkraft des Hauptabnehmers für industrielle Massenbedarfsartikel, die latente Kaufkraft der Bauernbevölkerung, erheblich gewachsen. Auch dieses Jahr zeitigte — wie das vorige — eine gute Ernte. Kennen der Landwirtschaft sind der Meinung, daß die Getreidevorräte der Bauern gegenwärtig nicht niedriger sind als vor dem Kriege. Das flache Land verfügt über gemaltete reale Werte, die in jedem beliebigen Augenblick in aktive Kaufkraft für Industriewaren umgewandelt werden können.

Wir sehen indes ein anderes Bild. Das Getreide wird nur zu einem geringen Teil auf dem Markt geworfen. Obgleich die Bereitstellung von Getreide Fortschritte gemacht hat als im Vorjahr — die von den staatlichen und privaten Auskäufern bereitgestellten Vorräte waren am 1. Januar um 12 bis 18 Prozent höher als in dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres —, ist dies allein auf die erhöhte Last der diesjährigen Besteuerung zurückzuführen. (Die Landwirtschaftsteuer wurde von 285 Millionen Rubel im Vorjahre auf 300 Millionen erhöht, wobei 70 Prozent des Steueraufkommens bis zum 1. Januar 1927 aufgebracht werden mußten.) Steht man von den Verkäufen ab, die lediglich der Deckung der Steuerpflichtigkeiten dienen, so muß man feststellen, daß die Bauern ihre realen Werte nur sehr zögernd und zurückhaltend auf den Markt bringen.

Der Grund hierfür ist in doppelter Richtung zu suchen: einmal in dem für die Bauern ungünstigen Preisverhältnis zwischen den Agrar- und den Industriepreisen, und zum andern in der veränderten Struktur der bäuerlichen Nachfrage.

Die hohen Preise für Industrieerzeugnisse waren vom Beginn der sogenannten neuen Wirtschaftspolitik an derjenige Faktor, der den Markterfolg des Bauerngetreides behinderte und das russische Exportgeschäft lähmte. In den Jahren 1923 und 1924 hatte die Kluft zwischen den Preisen der Industrieerzeugnisse und der landwirtschaftlichen Produkte (die berühmte „Scher“) die sich zu ungünstigen des flachen Landes auswirkte, zu einer regelrechten Abfahrtsreise geführt. Ungeachtet des großen Bedarfs an Industriewaren war die Bauernwirtschaft durch die Jahre des wirtschaftlichen Zerfalls und der Misere zerrüttet, nicht imstande, im Angesicht der horrenden Preisliste Industrieerzeugnisse anzunehmen. Im Jahre 1925 besserte sich die Lebenslage der Landwirtschaft dank der guten Ernte zusehends. Die „Scher“ begann sich zu schließen. Der Bauer ging daran, Industrieartikel zu kaufen, und er hat seine wichtigsten Bedürfnisse gedeckt.

Im Jahre 1926 ist im Vergleich zum Vorjahr wiederum eine Öffnung der „Scher“ zuzunehmen der Bauernwirtschaft festzustellen. Die Kaufkraft eines Puds Roggen war im August 1926 wesentlich geringer als im August 1925, und zwar für Salz um 24 Prozent, für Petroleum um 28 Prozent, für Kautschuk um 35 Prozent, für Stiefel um 33 Prozent. Soweit es den Bauern gelungen ist, seinen allernotwendigsten Bedarf an Industriewaren bereits im vergangenen Jahre zu decken, steht er es jetzt angeht, die schlechten Konjunkturbedingungen vor, den Getreideverkauf nach Möglichkeit einzustellen und seine Einkäufe auf das Mindestmaß zu beschränken.

Zu gleicher Zeit veränderte sich die Struktur der Nachfrage. Alle Handelsorganisationen verzeichnen die Tatsache, daß der heutige Käufer sehr wählerisch geworden ist. Seinen Wünschen ist mit der Lieferung der auf dem Markt umlaufenden Ware nicht gedient, er verlangt nach einer besseren Qualität der Erzeugnisse und nach städtischen Mustern. Hierin äußert sich die grundlegende Umwälzung, die die Revolution im kulturellen Segel des Dorfes bewirkt hat. Die ästhetische Mauer, die das Dorf von der Stadt trennte, ist nicht mehr. Das flache Land ist bestrahlt, der städtischen Kultur teilhaftig zu werden und sich namentlich die äußeren Formen des „Städtischen“ anzueignen: in Kleidung, Wohnung, Hausgegenständen. Man muß sich schon die Primitivität der Lebensbedingungen des vorrevolutionären russischen Bauern, seine von der des Städters betont abweichende äußere Erscheinung vergegenwärtigen, um die Größe der vor sich gegangenen Veränderungen zu ermessen. Heute geht das heiße Bemühen des Bauern dahin, sich, sofern es ihm nur seine Mittel erlauben, von dem Städter in nichts zu unterscheiden: die Kleidung wird nach städtischem Schnitt, aus Stoffen, wie sie in der Stadt getragen werden, angefertigt; an die Stelle der alten primitiven Fußbekleidung sind Schuhe getreten. Auch die Anforderungen an das Inventar des Haushalts sind andere geworden. Früher kostete man auf dem Dorfe in gußeisernen Töpfen ohne Emailüberzug, heute verlangt man nur noch nach emailtierter städtischer Geschirre. Früher wurde mit Holzlöffeln gegessen, heute will man nur noch Löffel aus Metall haben. Ganz neue, früher unbekannte Bedürfnisse haben sich herausgebildet, städtische Möbel werden angeschafft, die Räume mit allerhand Nippesachen verziert. Der Umstand, daß der Verbraucher, der

jetzt auf dem Markt erscheint, über einen gewissen, wenn auch geringfügigen Wohlstand verfügt, daß sein primärer Bedarf bereits gedeckt ist, — dieser Umstand läßt ihn auch Ansprüche stellen an die Qualität der Ware. Findet der Käufer das Gewünschte nicht, so kann er eben auf den Kauf vorberhand verzichten.

Die russische Industrie kann sich der veränderten Nachfrage nicht mit der notwendigen Schnelligkeit und nicht im nötigen Umfang anpassen. Sie arbeitet mit veralteten Maschinen, die nur ganz bestimmte Warengattungen produzieren. Wie die Sowjetwirtschaftler selbst zugeben, ist die Qualität der russischen Erzeugnisse trotz den hohen Preisen eine sehr niedrige. Aber die Verbesserung der Qualität der Ware, die Umstellung auf die veränderte Nachfrage und die Erweiterung der Produktion an sich in erster Linie verlangten Kritiken sehen eine Reorganisation der Industrie, ferner auch die Reinvestierung von großen Kapitalien, wie sie die Sowjetunion nicht aufbringen kann, voraus.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Betriebe und der technischen Einrichtung sowie des Produktionsverfahrens führen die schlechte Zusammenstellung der Warenauswahl und die Minderwertigkeit der Ware selbst dazu, daß die industrielle Produktion, in der erhebliche Kapitalien festgelegt und „eingefroren“ sind, keinen Absatz findet, während breite Massen der Bevölkerung ihren zahlungsfräheren Bedarf an Industrieerzeugnissen nicht gedeckt bekommen. Auch gegen die Befriedigung des Bedarfs an Industrieerzeugnissen auf dem Wege der Wareneinfuhr ist eine Schranke aufgestellt, da die Sowjetregierung in dem Streben nach einer aktiven Handelsbilanz die Einfuhr aus dem Auslande nahezu bis auf Null zurückgeführt hat.

Vorkäuflich sind es nur einige Anzeichen, die auf eine Absatzstörung hindeuten. Aber es sind dies gefährliche und symptomatische Anzeichen, ohne deren Überwindung die Sowjetunion Gefahr läuft, im Angesicht einer latenten Warennot und des gewaltigen unbefriedigten Warenbedarfs der Bauernbevölkerung in eine Abfahrtsreise hineinzufahren, die für den weiteren Wiederaufbau und die Ausdehnung der Industrie verhängnisvoll werden kann.

## Amerikanisches Kapital in Sowjet-Rußland.

D. E. Laut Mitteilung des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptkonzeptionsausschusses, Joffe, liegt dem Ausschuss eine Reihe von Gesuchen um Gewährung von Konzessionen aus den Vereinigten Staaten vor. Die Verhandlungen über diese Konzessionsgesuche würden in nächster Zeit zum Abschluß gebracht werden. — Im Zusammenhang damit sei erwähnt, daß vor kurzem in Moskau der Generalsekretär der russisch-amerikanischen Handelskammer in New York, Charles Smith, zwecks Einrichtung einer künftigen Vertretung der Handelskammer eingetroffen ist. U. a. hatte Smith auch eine Unterredung mit dem Mitglied des Hauptkonzeptionsausschusses Stobekow.

## Aus der Umgebung

Leusch. Elternabend, Montag, 24. Januar 1927, abends 8 Uhr. 1. Ein billiges Mittel, unsere Kinder gefünder, klüger und besser zu machen (Lehrer Bredel, Meusdorf), 2. Reklamation (Lehrer Doebel).

Wittenberg. Ortskartell. Unsere diesjährige Jugendfeier findet am Sonntag, dem 27. März 1927, im großen Saale des Ratskellers statt. Anmeldungen zur Teilnahme können bis 1. März 1927 bei dem Genossen Käster, Herstraße 14, erfolgen.

Marktschicht. Vom Arbeitsnachweis. In der vergangenen Woche stand beim öffentlichen Arbeitsnachweis Marktansicht und Umgeh. dem Zugang ein fast doppelt so großer Abgang gegenüber. Die Veränderungen erfolgten in den verschiedenen Industriezweigen, wovon hervorzuheben werden kann, daß die Rauchwarenbranche aufnahmehaftig war und der regelmäßige Abgang nach der heimischen Großindustrie weiterhin bestand. Die Erwerbslosenziffer beträgt: männliche 787, weibliche 176, Zuschlagsempfänger 901. Unterstützungsauszahlung am 14. Januar 1927 10 470,35 Mark.

Großsch. Die wichtige Entscheidung ist gefallen, die Konsum- und Spargenossenschaft Großsch-Pegau hat in ihrer gutbesuchten außerordentlichen Generalversammlung einstimmig den Anschluß an den Konsumverein Leipzig-Plagwitz beschlossen. Der anwesende Verbandessekretär, Gen. Böhme-Dresden, legte in einem großzügig angelegten Referat die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Genossenschaften zu größeren Gebilden dar, um durch eine sich ergebende rationelle Betriebsführung unserer Genossenschaften der jetzt herrschenden privatkapitalistischen Wirtschaftsform eine Parallele zu bieten und sie später ganz abzulösen. Am Schluß seiner Ausführungen empfahl er den versammelten Genossenschaftlern die einstimmige Annahme des auf der Tagesordnung stehenden Antrages der Großsch-Pegauer Verwaltung, den Anschluß an Zwenkau. Die einsehende Disziplin ließ sofort den Weg erkennen, den die anwesenden Genossenschaftler zu gehen gedachten, und zwar nach Plagwitz. Der Antrag, Anschluß an Zwenkau, wurde dann auch mit überzogener Mehrheit abgelehnt. Ein von den Befürwortern des Anschlusses an Plagwitz sofort eingebrachter diesbezüglicher Antrag fand nach kurzer Aussprache die bereits oben erwähnte einstimmige Annahme.

Eisenhammer. Einen furchtbar Einbruch führten Diebe bei dem vor kurzem von Eisenburg nach dem Ferienheim Eisenhammer überfiedelten Verwalter, Genossen Paul Neupert, aus. Der Einbruch erfolgte in der Nacht vom 19. zum 20. d. M. Den Dieben fiel folgendes in die Hände: 8 Fühner und 2 Fühner, 4 Wb. Speck, 3 Wäsche, 6 Wb. Fett mit Topf, 2 Stück Butter, 1 Limburger Käse, 2 Wägen grüne Bohnen, 5 Tafeln Schokolade zu je 40 Wb., 5 zu je 50 Wb., 5 zu je 60 Wb., 20 Cremestangen zu je 10 Wb., 20 Schokoladebonbons zu je 2 Wb., 200 Zigaretten zu je 6 Wb., 100 zu je 5 Wb., Oberst, 150 zu je 4 Wb., Salem, 70 Zigaretten zu je 15 Wb., 30 zu je 10 Wb., 1 graues Manchesterjackett (große Weite), 7 weiße Damenhemden, ein grünblaues Herren-Sporthemd, 1 weißes Damen-Taschentuch, gep. Vorhemd, 6 große gelb und schwarz gemusterte Tischdecken, 5 kleine gelb und schwarz gemusterte, etwa 1 Duzend blau und weiß gemusterte, 4 Wischlücher. Die Spur der Diebe konnte nur bis Söllitzau verfolgt werden.

k. Eisenburg. Ein heftiges Feuer brach Sonnabend, früh 3 Uhr, auf der Försterei Schöneiche bei Döberitz aus und vernichtete das Förstereigebäude mit des Försters Inventar vollständig. Die Förstereicheleute wurden durch Brandgeruch aus dem Schlaf geweckt und konnten sich, notdürftig bekleidet, durch das Fenster in Sicherheit bringen. Hilfe war schnell zur Stelle, konnte aber nichts mehr retten, da das Förstereigebäude fast vollständig aus Holz gebaut war. Auch die herbeigeeilte Feuerwehr brachte nicht mehr einzugreifen, da die nebenstehende Scheune und der Stall durch eine dicke Schneedecke vor übergreifenden Flammen geschützt waren. Die niedergebrannte Försterei gehörte dem Staate und ist verfiert. Die Ursache des Brandes soll eine schadhafte Ofenröhre gewesen sein.

## Berufungskalender

- Montag, den 24. Januar. Musikinstrumentenarbeiter. Volkshaus, 7 Uhr.
- Dienstag, den 25. Januar. Buchhandlungs- und Buchbindereiarbeiter (WBZ). Volkshaus, 1/2 Uhr.
- Bau- und Metallarbeiter. Volkshaus, 7 Uhr.
- Maschinen- und Sägereiarbeiter. Volkshaus, 7 Uhr.
- Feilenarbeiter (WBZ). Volkshaus, 7 Uhr.
- Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

# Arbeitsdienstpflicht?

## Bulgariens abschreckendes Beispiel.

Bulgarien hat im Jahre 1921, zur Zeit der größten politischen und wirtschaftlichen Krise, die Arbeitsdienstpflicht eingeführt. Das als unmittelbare Folge des Friedensvertrages beschlossene Gesetz verpflichtete jeden bulgarischen Staatsangehörigen, Mann und Frau, eine bestimmte Zeit ohne jede Bezahlung, nur gegen Essen und Quartier und Stellung von Dienstkleidung für den Staat oder die Kommunalverbände zu arbeiten. Die staatliche Dienstzeit beträgt für Männer acht Monate; hierzu werden alle diejenigen herangezogen, die im Alter von zwanzig bis vierzig Jahren leben und nicht mehr als drei Monate beim Militär gedient haben. Bezüglich des weiblichen Teils der Bevölkerung schreibt das Arbeitsdienstgesetz eine viermonatige Dienstpflicht für alle zwischen dem sechzehnten und dreißigsten Lebensjahr lebenden Frauen vor. Bis jetzt sind allerdings Frauen zur Dienstleistung noch nicht herangezogen worden. Die Arbeit für den Staat nennt man die „ordentliche“ Arbeitspflicht. Die „außerordentliche“ Arbeitspflicht für die Gemeinden betrifft alle Staatsbürger innerhalb derselben Altersgrenzen, kommt nach der Dienstleistung für den Staat und verlangt jährlich zehn Arbeitstage von dem einzelnen, und je Ausnahmefällen, „wenn es die Bevölkerung verlangt“, zwanzig Tage.

Die Arbeitsdienstpflicht, die von der Bauernregierung Stambovski unter dem starken Einfluß von kommunistischen Gedanken eingeführt worden ist, war nach dem ursprünglichen Gesetz von jedem Staatsbürger persönlich zu erfüllen; Ausnahmen sollten nur in den allerersten Fällen gebildet werden. Doch die Vorschrift, die den Verlust von der Arbeitsdienstpflicht untersagte, mußte bald auf das Gehalt des obersten Rates in Versailles unter starker Mißbilligung des davon betroffenen bulgarischen Bäckers ausgedehnt werden. Zugewandten und Rumänien hatten Angst, die Arbeitsdienstpflicht könnte nichts anderes als eine verküppelte Militärdienstpflicht bedeuten, und die in ihrer Bequemlichkeit und ihrem Nichtsterben bedrohte bulgarische Bourgeoisie leitete dem Verlangen des „nationalen Feindes“ Hülfe. So mußte denn das Verbot von der Arbeitsdienstpflicht erlaubt werden. Je nach den Vermögensverhältnissen beträgt der Gehalt für die Staatsdienstpflicht dreihundert bis tausend Mark, für die Gemeinbedienstpflicht ungefähr zwei bis fünf Mark pro Tag.

Ueber die Wirksamkeit der bulgarischen Arbeitspflicht sind nur wenig Zahlen bekannt, und es ist deswegen sehr zu begrüßen, daß Dr. L. Verman in den wirtschaftlichen Nachrichten der österreichischen Handelskammer die wenigen überhaupt von der bulgarischen Regierung zu erlangenden Zahlen zusammengestellt hat. An staatlichen Unternehmungen, die ausschließlich durch Dienstleistungen, die aus der Arbeitspflicht herrühren, betrieben werden, gibt es vier: eine Schuhfabrik und eine Kleiderkonfektionswerkstätte in Gornja Banja, eine Ziegelei in der Nähe von Sofia und eine Holzverwertungsanstalt in Guénich-Wa bei Varna. Diese Unternehmungen bedürfen einerseits den Bedarf der Arbeitspflichtigen, andererseits liefern sie Schuhe und Uniformen für die Heeresverwaltung und Baumaterialien für die öffentlichen Bauten. Ueber die Preise, zu denen diese Betriebe ihre Erzeugnisse liefern, werden keine näheren Angaben gemacht; aus den Berichten der bulgarischen Presse kann man aber ersehen, daß die Preise nur wenig unter den Marktpreisen liegen.

Am ungünstigsten von diesen Unternehmungen hat bisher die Schuh- und Kleiderfabrik in Gornja Banja abgeschnitten. Die Geburagsberichte weisen folgende Zahlen auf:

	Ausgaben	Einnahmen
1921/22	2471000 Lewa	1095000 Lewa
1922/23	1925000	775000
1923/24	2172000	5150000
1924/25	3861000	28731000
1925/26 (bis Ende Februar)	2390000	

Zusammen . . . . . 10314000 Lewa 9796000 Lewa

Die beiden Fabriken weisen also insgesamt einen Betriebsabgang auf; das Defizit ist allerdings in den ersten Jahren entstanden. Doch darf man bei Beurteilung dieser Zahlen nicht vergessen, daß bisher noch keine nennenswerten Abschreibungen auf die Anlagen geschehen sind und daß die Ausgaben erst dann geringer als die Einnahmen wurden, als die Preise der an den Staat gelieferten Waren an die Preise der Privatindustrie angeglichen wurden.

Günstiger erscheinen die finanziellen Erfolge der staatlichen Ziegelei bei Sofia, über die folgende Ergebnisse bekanntgegeben wurden:

	Ausgaben	Einnahmen
1921/22	468000 Lewa	310000 Lewa
1922/23	1343000	1480000
1923/24	1894000	2350000
1924/25	1958000	31131000
1925/26 (bis November)	1560000	26071400

Zusammen . . . . . 7007000 Lewa 9575000 Lewa

Bei Beurteilung der Ergebnisse der Ziegelei ist zu berücksichtigen, daß dieser Betrieb in verhältnismäßig günstiger Weise in der unmittelbaren Nähe der bulgarischen Hauptstadt unter den größten finanziellen Aufwendungen errichtet wurde.

Das größte staatliche Unternehmen dieser Art ist aber die Holzwerkstatt in Guénich-Wa, die insgesamt 120,4 Mill. Lewa an Ausgaben und 136,3 Millionen Lewa Einnahmen und somit einen Einnahmehüberschuß aufweist.

Neben diesen Unternehmen wurden aber noch eine Reihe anderer betrieben: Bleichstufanstalten, Kalköfen, Tischlerwerkstätten usw., die alle ein katastrophales Defizit hatten und ihren Betrieb einstellen mußten. Das Gesamtdesizit betrug bei der Liquidierung unter Nichtberücksichtigung des verlorngegangenen Kapitals 4,7 Millionen Lewa. Der Gesamtüberschuß der Einnahmen über die Ausgaben betrug daher bei den gesamten Staatsbetrieben 13,2 Millionen Lewa.

Die in den Staatsbetrieben geleistete Arbeit beträgt aber nur einen nicht sehr großen Prozentsatz der von den Arbeitsdienstpflichtigen geleisteten Arbeiten insgesamt. 77 Prozent dieser Arbeitsleistungen wurden für eigenliche „Staatsarbeiten“, hauptsächlich für den Bau von Eisenbahnen und Straßen, verwendet, teilweise auch für Kanalisierungs- und Deicharbeiten. In den letzten vier Jahren wurden für „Staatsbau“ insgesamt 6368 100 Tagewerke geleistet, davon 5228 081 für Eisenbahn- und Straßenbau.

Wie groß der Mehrwert ist, den der Staat, dank der Arbeitsdienstpflicht, aus der wertvollen Bevölkerung (die anderen können sich ja freikaufen) herauszuschlagen, zeigt eine überaus lehrreiche Aufstellung des bulgarischen Arbeitsamtes. Es werden die Eigenkosten des Staates pro Tagewerk, veranschlagt auf Grund der Arbeitsdienstpflicht mit Hilfe unbezahlter Arbeit, den auf dem freien Arbeitsmarkt geltenden durchschnittlichen Lohnsätzen (pro Tag) gegenübergestellt:

Jahr	Eigenkosten	Durchschnittslohn eines Tagelöhners
1924	32	55
1925	38	60
1926	45	80

Wenn man nun bedenkt, daß bei der Berechnung der „Eigenkosten“ nicht nur der Aufwand für Nahrung, Kleidung und Quartier aufgerechnet wurde, sondern auch die übrigen Ausgaben an Gehältern für Ingenieure und Aufsichtsbeamte, ferner die Ausgaben für Fuhrwerk, eine hohe Amortisationsquote und die übrigen Kosten berechnet sind, wird man nicht nur den mehr als 100prozentigen Gewinn des Staates werten können, sondern auch das Maß der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats. Die Arbeitsdienstpflicht bedeutet eine

drückende Last für das Proletariat, sie bedeutet das dauernde Vorhandensein einer Streikbrecher- und Lohn-drückermaschine. Es ist die Aufgabe der internationalen Organisationen des Proletariats, die bulgarische Arbeiterkraft in ihrem Kampf um die Aufhebung der Arbeitsdienstpflicht auf stärkste zu unterstützen.

Für alle diejenigen aber, die sich aus falsch verstandenen Erwägungen auch in Deutschland und selbst in gewerkschaftlichen Kreisen für die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht einsetzen, sollte das Beispiel der bulgarischen Arbeitsdienstpflicht ein warnendes Zeichen sein.

## Aufruf an die Buchdrucker.

Die vom Verband der Buchdrucker und Schriftsetzer, vom Deutschen Gutenbergbund (christlich) und vom Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen gebildete Arbeitervertretung in der Tarifkommission des Buchdruckgewerbes erläßt folgenden Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes:

„Die Lohnverhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Das Zentralschlichtungsamt hat einen Schiedsspruch gefällt, der in seiner Art und Begründung den schärfsten Protest der gesamten Arbeiterschaft des Gewerbes herausfordert.“

Weber die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, noch die von den Unparteiischen selbst anerkannte konjunkturbedingte Lage des Buchdruckgewerbes rechtfertigen eine derartige Stellung, wie sie die Unparteiischen in ihrer Begründung eingenommen haben. Das Vertrauen der Arbeiterschaft auf eine gerechte unparteiische Beurteilung der wirtschaftlichen und lohnpolitischen Erfordernisse ist dadurch aufs schwerste erschüttert worden. Deshalb können die Vertreter der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften diesem Schiedsspruch ihre Zustimmung nicht geben.

Diese Sachlage zwingt die Gewerkschaften zur Ergreifung von Vorbeugungsmaßnahmen, um der Niederdrückung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu begegnen, um so mehr, als in wenigen Wochen erneute Verhandlungen über unser Tarifverhältnis geführt werden müssen, die die Arbeiterschaft vor eine noch schwieriger Situation stellen werden. Neuerungen von Prinzipalvertretern gelegentlich der soeben geführten Lohnverhandlungen lassen erkennen, daß auf Prinzipalseite die Einsichtlosigkeit für einfache wirtschaftliche Notwendigkeiten immer stärker um sich greift.

## Unser täglich Brot —!

darüber spricht in öffentlicher Versammlung Genossin Stadtorordnete Käthe Leu, Danzig:

Großdeuben-Preisdeuben: Heute Montag, abends 8 Uhr, Gute Quelle, Großdeuben.  
 Guttrich: Morgen Dienstag, 23. Januar, abends 8 Uhr, Golenischöhen.  
 Engelsdorf: Mittwoch, 26. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof Hesse.

Bei der Behandlung der Lohnfrage ist von der Prinzipalvertretung auch mit den höheren Verdiensten, die vielfach durch ein großes Maß von Ueberstunden erzielt werden, auf die unparteiischen Vorständen eingewirkt worden. Diese Tatsache legt der Arbeiterschaft die dringliche Verpflichtung auf, mehr noch als bisher der Einschränkung der Ueberstunden ihre schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Aus diesem Grunde ist — auch in Rücksicht auf die Arbeitslosen — die Vermeidung von Ueberstunden, die über das gesetzliche Maß hinausgehen, gebieterische Pflicht.

Bei dieser Gesamtlage hält die Arbeitervertretung außerdem die Erhebung von Ertragsbeiträgen für notwendig und erwartet von den Organisationsvorständen, daß sie die erforderlichen Beschlüsse fassen.

Die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes wird diesen Abwehrmaßnahmen das notwendige Verständnis entgegenbringen. In der gewerkschaftlichen Geschlossenheit liegt unsere Stärke!

## Machtpolitik.

### Arbeitszeitverlängerung aus Prinzip.

In Gera hat bisher eine Anzahl Webereibetriebe wöchentlich 48 Stunden gearbeitet. Dabei kam es vor, daß schon mal die eine oder andere Firma auf eine Zeitdauer von 4 bis 6 Wochen länger arbeitete, und zwar, je nachdem Aufträge vorhanden waren. Dem Verband sächsisch-thüringischer Webereien gefällt es nun nicht, daß ein Teil seiner Mitglieder nur 48 Stunden in der Woche arbeiten läßt. Er hat deshalb diese Firmen angewiesen, in Zukunft 53 Stunden arbeiten zu lassen. Die Firmen haben bei den Verhandlungen mit den Betriebsräten offen eingestanden, daß der Weberei-Verband es ist, der die Mehrarbeit verlangt. Hierdurch ist bewiesen, daß die Unternehmer die Mehrarbeit nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus machtpolitischen Gründen fordern. Bei Beurteilung dieser Anordnung darf nicht übersehen werden, daß in den einzelnen Betrieben Weber vielfach auf Material warten müssen und auch noch ein beträchtlicher Teil Arbeitslosen vorhanden ist. Die Geraer Arbeiterschaft wird sich gegen diesen Widerspruch der Unternehmer zu wehren wissen.

### Achtung, Tiefbau-Arbeiter!

SPD. Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Reparationsbauten in Frankreich und Belgien ist von den Bauarbeitergewerkschaften seit dem September mehrmals mit dem Reichsverband des Deutschen Tiefbauwerkes verhandelt worden. Bis zur letzten Verhandlung am 10. Januar war hinsichtlich der wichtigsten Bestimmungen des Vertrages Einigkeit zwischen den Parteien; Löhne, Reisevergütung, Urlaub, Wohn- und Verpflegungsgelagenheiten schienen geregelt. Am 10. Januar kamen nun Vertreter der zum Baukonjunkturum gehörigen Firmen (Bader-Friedrich-Baumunion, Peter Fitz Söhne, Dulsburg) und zerschlugen durch ihre Forderungen auf Herabsetzung der Löhne, Verschlechterung der Urlaubsmöglichkeiten usw. das bisherige Verhandlungsergebnis. Ihre Forderungen waren für die Gewerkschaften unannehmbar. So daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten.

Die in Betracht kommenden Firmen werden wahrscheinlich in nächster Zeit versuchen, deutsche Arbeiter nach Frankreich anzuwerben. Die Gewerkschaften warnen vor der Arbeit an namha, da die Arbeitsbedingungen in keiner Weise vertraglich geregelt sind und ohne gewerkschaftliche Fürsorge und Aufsicht die leider sehr große Möglichkeit besteht, daß die nach Südrant-

reich gefandten deutschen Arbeiter dort schließlich dem Elend anheimfallen und Rekrutenmaterial für die Fremdenlegion werden. Darum deutsche Bauarbeiter — seid gewarnt!

## Angestelltenkundgebung für den Acht-Stunden-Tag.

Vom Ortsrat des Allgemeinen freien Angestelltenbundes in Leipzig wird uns mitgeteilt, daß am Mittwoch, dem 26. Januar 1927, abends 8 Uhr, im großen Saale des Volkshauses eine öffentliche Angestelltenkundgebung für den Achtstundentag stattfindet. Es sprechen: das Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Kollege Otto Schweiger (Geschäftsführer des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Berlin), und Dr. med. Julius Moses, Berlin. (Dr. Moses behandelt die Forderung des Achtstundentages vom Standpunkt des Arztes aus.) Alle kaufmännischen und technischen Angestellten werden dringend ersucht, diese wichtige Versammlung zu besuchen. (Saal ist geheizt. Kein Trinkwangl)

## Gerichtssaal

Spionage in West und Ost. In den letzten Wochen sah der 5. Strafsenat über mehrere Opfer französischer Spionageagenten zu Gericht. Am Freitag behandelte er einen polnischen Fall, der zeigte, wie der Spionagejagd auch zwischen Deutschland und Polen blüht. Es wurde gegen den Kaufmann Ruzin Jernik wegen vollendeten Betrags militärischer Geheimnisse verhandelt. Der Senat stellte in zweitägiger Verhandlung folgenden Tatbestand fest. Jernik stammt aus dem Kreise Pleß in Polnisch-Oberschlesien. Augenblicklich ist er aber infolge eines Zufalls noch preussischer Staatsangehöriger. Im März 1925 lernte Jernik in Polen den polnischen Spionageoffizier Rinarok kennen. Da Jernik arbeitslos war, trat er auf Rinaroks Veranlassung in die Dienste der polnischen Spionageabwehrpolizei. Zunächst erhielt er einen Auftrag nach Dresden. Hier hatte er früher in den chemischen Werken von Kabeul gearbeitet. Er machte sich nun an frühere Arbeitskollegen heran und fragte sie aus. Vor allem interessierte ihn natürlich der Stand der Gichtgasherstellung. Jernik versuchte auch, näheres über Zahl und Art der chemischen Produktion der Künawerke zu erfahren. Das Auslandskaufleute mußte Jernik unter einem Decknamen nach Polen Postfachsendungen 7 senden. In Dresden wohnte der Spion mit einer Kontoristin zusammen, die er veranlassen wollte, in ein chemisches Werk einzutreten und dort Beziehungen zu maßgebenden Männern anzuknüpfen. Doch lehnte die Kontoristin Spionage durch solchen Verkehr ab. Schließlich verlegte Jernik das Feld seiner Tätigkeit nach Breslau, da ihm der Boden in Dresden zu heiß wurde. Hier hauste er mit einem anderen polnischen Spion, einem Schloffer, zusammen. Beide wurden mit dem Unteroffizier Nidel vom Breslauer Reiterregiment bekannt. Durch diesen Reichsmehrwalden erhielten sie Zugang in die Kaserne und konnten dort bald ungehindert ein und aus gehen. Um ihre Auftraggeber zu befriedigen, begünstigte sie sich zunächst mit dem Abreißen von aushängenden Befehlen, die sie nach Polen schickten. In dieser Zeit machte sich Jernik bei verschiedenen Truppenteilen als Zeitsreisewilliger. Ein Wertblatt über die Bedingungen für den Eintritt in die Schwarze Reichsmehrwald übermittelte er Rinarok. Inzwischen hatte der Schloffer Nachrichten zur Schreibstube angefertigt. Anfang August 1925 brachten beide Spione in einer Nacht in die Schreibstube ein und entwendeten verschiedene Akten, die sie persönlich nach Polen brachten. Am 11. Oktober 1925 in Breslau, ein Reiterpostoffizier Statjand, benutzten Jernik und sein Komplize die Gelegenheit und brachten die Reiterkaserne ein. Hier entwendeten sie Akten über die Ausbildung und Verwendung der Reiterei und andere Dokumente, die das Reichswehrministerium in einem späteren Gutachten als im Interesse der Landesverteidigung äußerst wichtig und unbedingt geheimzuhaltend bezeichnete. Nach diesem Aktenabstahl, der großes Aufsehen erregte, sah Jernik nach Polen. Nach etwa einem Jahre kehrte er nach Deutschland zurück. Hier wurde er mit einem deutschen Kommissar der Spionageabwehr bekannt. — Mit dem Begriff der Spionageabwehr wird wirz ansehend der gleiche Mißbrauch getrieben wie mit dem Begriff des Vorkriegs- und Krieges. Das polnische Spionagebureau in Polen nennt sich wie das deutsche in Breslau schamhaft Spionageabwehrstelle. — Der deutsche Spionagekommissar forderte Jernik auf, doch für Deutschland Spionage zu treiben, da er über die polnischen Verhältnisse so gut unterrichtet wäre. Da Jernik wieder einmal verdienstlos war, schloß er, wie geschickt er vor einem Jahre für die polnischen Auftraggeber gearbeitet habe. Er überließ, um seine Fähigkeiten im besten Lichte glänzen zu lassen. Der deutsche Kommissar hatte Jernik für dessen gegen Deutschland getriebene Spionage Straffreiheit zugesichert, wenn er für den deutschen Nachrichtendienst arbeiten würde. Jernik sagte zu. Da ließ der Kommissar den Jernik verhaften, der nun seit dem 7. Juni 1926 in Untersuchungshaft lag.

Der 5. Strafsenat verurteilte ihn zu der ungeheuerlichen Strafe von 7 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenrechtsverlust, Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht, Einziehung der von den Polen erhaltenen 1600 Mark und zu den beträchtlichen Kosten des Verfahrens.

Die Methode des deutschen Spionageabwehragenten hat in ihrem Wesen große Ähnlichkeit mit dem Handeln des Oberreichsanwalts, der kürzlich den Kommunisten Klemm erst amnestierte, um ihn dann — sicher gemacht — dennoch ins Gefängnis werfen zu lassen. Ob die Anwendung solcher Methoden wohl das Ansehen der Deutschen Republik und ihrer Justiz stärken soll?

## Rundfunkprogramm

Beipzig.

Dienstag, den 25. Januar. Wirtschaft. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Volk- und Baumwollpreise, amerik. Metallmeldungen des Vorabends. 12.50 und 1.30 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 2.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del. Holz. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktentwürfe amtlich. 4 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktentwürfe, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 4.10 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Notierungen. Unterhaltung und Belehrung. 10.05 Uhr: Verkehrsunfall, Wetterdienst und Schnebericht. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Schnebericht. 12 Uhr: Mittagskonzert des Leipziger Sinfonie-Orchesters. Dirigent: Alfred Sandrei. 12.55 Uhr: Neuerer Zeitungen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4.30—5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 5.30—6 Uhr: Frauenfunk. Fr. Gewerbeschulelehrerin Bauermeister: „Ernährung in den Wintermonaten.“ 6.00—6.30 Uhr: Leseproben aus den Neuercheinungen auf dem Büchermarkt. 6.30—7 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. v. Epleren und C. M. Usteri. Spanisch für Anfänger. 7—7.30 Uhr: Obersekretär Hanke: „Die Kapitalabfindung nach dem Reichsvergütungsgesetz.“ 1. Teil. 7.30 Uhr: Wettervorhersage, Schnebericht und Zeitangabe. 7.45—8.15 Uhr: Prof. Dr. Witkowski (zu dem nachfolgenden Hörspiel): „Hanns Jost und sein Werk.“ 8.15 Uhr: Hörspiel: „Der König“ von Hanns Jost. Spielleitung: Julius Witte. 10 Uhr: Preisbericht und Sportfunk. 10.15—12 Uhr: Uebertragung der Unterhaltungsmusik der Hauskapelle Riku Feurer aus dem Weinrestaurant des Hauptbahnhofes Leipzig.







Erwachen.

Von Heinz Eisgruber.

Wie ein Mensch zum Bewußtsein erwacht, zur klaren Erkenntnis seiner Lage und der Rolle, die er im Getriebe des Lebens, der Gesellschaft, des Staates spielt, geschieht auf tausendfach verschiedene Weise.

Bisher hatte Anna so vor sich hingelebt, stumpf und dumpf, weder zureichend, noch unzureichend, eingelassen von einem dichten Netz von Pflichten, Sorgen, Abhängigkeiten, Mähen und Hie und da einem schnippeligen Freude von ziemlich banaalem Glanz: Herrschaften dienen, der Mutter helfen, die kleinen Geschwister versorgen, Kartoffeln essen, in einer kläglichen Dachkammer auf den erlösenden Schlaf warten und alle Monate einmal in einem ärmlichen Kleid und etwas schief getretenen Schuhen zum Tanz gehen, das war der graue Kreislauf ihrer kleinen Welt.

Gestern hatte sie in einem vornehmen Haushalt eine Kuschelstelle auf 8 Tage bekommen. Heute stand sie in einer Kammer dieses Haushaltes und putzte Schuhe. Sie „putzte Schuhe“ ist ja eigentlich nicht der richtige Ausdruck, denn es handelte sich nicht um gewöhnliche Schuhe, die man zuerst mit einer rauhen Bürste abschruppt, um sie dann mit Schuhcreme oder gar mit Schuhwachs — wie ihr Vater sie benutzte, der, ehe er arbeitslos wurde, Geschäftsführer in einer Brauerei gewesen war — zu behandeln, und durch heftiges Bürsten dann zum Hochglanz zu bringen. Nein, es handelte sich um die Schuhe der gnädigen Frau. Die Schuhe der gnädigen Frau waren keine Schuhe, sondern Gebilde. Ein ganzes Regal von Gebilden, Hauchartige, flimmernde, in allen Farben leuchtende und glühende Stoffarbeiten. Man konnte sie mit dem Begriff „Putzen“ überhaupt nicht in Zusammenhang bringen; sie waren ja auch von dem Begriff „Schuh“ meilenweit entfernt, eine ganze Welt waren sie davon entfernt. Sie wurden nicht gepußt, sondern ein wenig geschminkt und gepudert und mit weichen Tüchern und zarten Pinselchen vorsichtig betupft, wie die gnädige Frau selbst auch.

Anna stand vor diesen Schuhen wie vor einem Märchenwunder. Gemäß, sie hatte schon herrliche Schuhe gesehen, ähnlich diesem lastenlasternen, mit bunten Steinen besetzten, die sie eben in Händen hielt. In den Schaukästen der Schuhläden. Und auch gestern, als ihr die Jose der gnädigen Frau Unterricht im Behandeln dieser Wunderdinge an Hand eines grünlichimmernden Schlangenhaut- und eines goldenen Protalischuhens gab. Sie wußte auch, daß es reiche Menschen gab, die so etwas kaufen und tragen durften.

Was sie hatte niemals daran gedacht, daß es Menschen gab, die diese Stoffarbeiten gleich zu Duzenden besaßen. Diese überausgehende Tätigkeit drang im Angesicht der Höhe und Großartigkeit dieser Herrlichkeiten so heftig auf sie ein, daß sie verwirrt und gänzlich aus dem Gleichgewicht geworden war. Sie sann darüber nach, wozu man so viele Schuhe brauchen könne. Sie wußte nichts von den Gepflogenheiten der Gesellschaft der Reichen, nichts von den Regeln, die sie sich gleich Kartenspieltregeln gegeben hatte und gleich göttlichen Gesetzen achtete. Sie kannte dieses Spiel derer, die Geld und also Zeit haben, nicht, und verstand nicht, daß man mehr Schuhe haben und brauchen könne, als ein Paar derber für den Wochentag und ein Paar besserer für den Sonntag. Und so positiert hart und dumpf und vergebens diese zwanzig Paar goldenen, silbernen und bunt glitzernden Wunderschuhen an ihre stumpfe Phantasie.

Anna schreckte auf, als sie die Stimme der Jose hörte, und begann in schieferer Erregung zu hantieren. Sie wußte nicht, ob sie sich freuen oder ob sie weinen sollte. Sie hätte sich gerne vor die Schuhe hingelegt, um sie anzuschauen. Oder noch lieber hätte sie alle angezogen. Sie schlüpfte auch einmal schnell in einen hinein mit ihrem rechten Fuß und wunderte sich, daß sie plötzlich so hart, so kalten, silbernen Fuß hatte. Als sie ihn wieder herauszog empfand sie ein Gefühl, als würde ihr die Haut heruntergezogen. Ihre eigene Haut. Und ein ganz dummer Gedanke schoß ihr durch den Kopf: diese Schuhe sind ja aus meiner Haut gemacht.

Das war natürlich sehr dumm, dachte Anna, und arbeitete wieder eifrig. Sie mußte Geld verdienen und fleißig sein. Es war ja nicht viel, was sie verdiente, grad genug, um nicht zu verhungern. Um so weniger durfte sie das Wenige aufs Spiel setzen. Und sie schminkte und puderte fleißiger als die zwanzig Paar Wunderschuhe der gnädigen Frau.

Als Anna spät abends nach Hause ging, da schwebten ihr noch immer die Goldschuhe im Kopf herum. Aber als sie in ihrer Stube war und die drei Geschwister hingen an ihr und wollten zu essen haben, als sie den Topf mit der heißen Suppe aufs Feuer setzte, als die Mutter vom Zeitungs-Austragen zurückkam, als sie die Schlafkammer wusch, da zogen die goldenen Schuhe fort und nur die graue Wirklichkeit ihrer kleinen harten Welt blieb da. In einem Ameisenhaufen-Bausch hatte man keine Zeit, über Gold und Silber, Schlangen- und Protalischuhe, über Brot und Seide nachzudenken. Da kam man spät von der Arbeit nach Hause und mußte dann den eigenen vernachlässigten Haushalt in Ordnung bringen, tochen, waschen, säugen, legen und rechnen und sorgen.

Auch Anna lachte an diesem Abend; dann wusch sie die Kammer rein, dann wusch sie noch Strümpfe, stülpte eine Bubenhohe und dann ...

Dann putzte sie die Schuhe. Sie stand am Treppenhausefenster und fuhr mit einer harten Bürste über die Sprünge und Nischen ihrer verbeulten, alten Schuhe. Und da geschah es, daß ihr Sinn plötzlich intensiv zu denken, zu arbeiten anfing, geschah es, daß Anna erwachte. Warum, sagte sie plötzlich ganz laut und leistam, stehe ich nachts am Fenster im 4. Stock eines unehelichen Hauses und putze alte, häßliche Schuhe, nachdem ich schon tagsüber Schuhe gepußt habe, die jemandem andern gehören? Warum putze ich so viele Schuhe und gleiche alle häßliche an, warum nicht die gnädige Frau schöne Schuhe an, obwohl sie keine Schuhe putzt? Darf man keine Schuhe putzen, um schöne Schuhe anziehen zu dürfen? Wenn die gnädige Frau Schuhe putzen müßte. Würde sie dann keine schönen Schuhe mehr anziehen? Warum müssen nicht alle Schuhe putzen und dürfen trotzdem schöne Schuhe anziehen? Meine Hände sind rauh und hart, weil ich die Schuhe der andern putzen muß. Ich habe meine Haut für die Schuhe der andern hingegeben, die keine Schuhe putzen.

Sie begann sich einen Augenblick. Na, ja, ja: die schönen Schuhe der gnädigen Frau waren aus ihrer Haut gemacht! Und aus der Haut derer, die gleich ihr für andere Schuhe putzten und Schuhe machten und damit in feinsten Meistertalern wohnen mußten. Sie fühlte sich plötzlich all denen nahe und verwandt und verbunden, die wie sie arbeiteten und hungerten, und die ihr bisher gleichgültig gewesen waren, wenn sie sie nicht gar gehaßt oder verachtet hatten.

Anna stand am Treppenhausefenster und schaute in den gähnenden Abgrund des Nichtwissens, der eigentlich ein Dunkelheitsloch war. Eine namenlose Angst kam über sie, daß ihr ganzes Leben solche Austerität sein würde. Angst, Bitternis und Verzweiflung strömten auf sie ein. Die dunkle Tiefe lockte sie an, rief nach ihr. Dort in der dunklen Tiefe würde das Glück des Nichtmehrwissens sein. Anna schwankte, taumelte ...

Nun würde die Geschichte der Anna Bergner so enden, wie hunderte solcher Leben in Wirklichkeit enden. In der Morgenzeitung würde man dann eine kleine Notiz finden: Gestern abend verunglückte ein zwanzigjähriges Dienstmädchen tödlich, indem es beim

Schubereignis aus dem Treppenhausefenster ihrer im 4. Stock gelegenen elterlichen Wohnung in der Eisenbasse Nr. 75 in den Hof hinabstürzte.

So könnte die Geschichte enden, ohne ins Unwirkliche zu entgleiten. Wissen wir denn, wieviele von den Frauen und Mädchen, die anscheinend unfreiwillig den Tod finden, ihn in Wirklichkeit gesucht haben, weil in ihr Leben zu wenig Glanz und zu viel Elend gefallen war! Weil der häßliche und ungerechte Gesellschaftsapparat ihnen alle Freude und Kraft aus Leib und Seele gelassen hatte. Und weil ihnen nicht rechtzeitig die Erkenntnis wurde, daß ihr Schicksal kein Einzelschicksal, sondern das von Millionen Lebensgenossen war.

Anna Bergner wurde diese Erkenntnis, ehe aus ihrem Taumeln ein Stürzen ward. Ihr sich langsam vorneigendes Gesicht gewahrte plötzlich viele, viele schwache Lichter, die ringsum aus dem Dunkel des Schicksals sich ihr entgegenredeten. Sie kamen aus den hundert Proletarierwohnungen der Meistertalern. Sie waren wie Hände, die ihr Hilfe anboten.

Und ihr natürlich, junger Lebenswille nahm diese Hilfe an. Anna hielt sich am Fensterrahmen fest. Sie stürzte nicht und taumelte nicht mehr. Ein beglückendes Bewußtsein überkam sie: das Glückgefühl, nicht allein zu sein. Sie schritt den Treppenschlag hinab und ging zu den Geschwistern, die sie küßte, inniger und wärmer, als sie es je getan hatte. Denn sie küßte in ihnen Millionen Lebens- und Lebens- und Kampfgenoßen.

Verhütete Empfängnis.

Die Entdeckung des Professors Haberlandt — Uebertragung des „gelben Körpers“ — Wirkung auf Zeit — Unschädlichkeit — Anwendung auf Menschen.

Aus Innsbruck wird uns geschrieben:

Eine neue Entdeckung erregt außerordentliches Interesse in der medizinischen Fachwelt. Dem Innsbrucker Professor Dr. Haberlandt ist es nach mehrjährigen Versuchen an Tieren gelungen, die Unfruchtbarkeit nicht trächtiger Tiere durch Uebertragung von Eierstöcken trächtiger Tiere herbeizuführen. Wenn diese Entdeckung ebenfalls auf die Menschen übertragbar ist, dann wird ein Problem von weittragender Bedeutung gelöst. Prof. Haberlandt äußerte sich Pressevertretern gegenüber, daß eine Uebertragung auf Menschen selbstverständlich Erfolg habe, natürlich seien die ersten Ergebnisse noch wenig zufriedenstellend, denn bisher konnte man noch keine wirklichen Versuche an Frauen anstellen. Aber das Anfruchtbarmachungsprinzip durch Uebertragung von Eierstöcken trächtiger Tiere auf nichtträchtige weibliche Tiere gelte ebenso für Frauen.

Professor Haberlandt kam dadurch zu der Entdeckung, daß er Beobachtungen an solchen Tieren anstellte, die von trächtigen Tieren Eierstöcke eingepflanzt bekamen, und auf einmal die Befruchtungsfähigkeit verloren hatten. Diese künstliche Sterilisierung durch Einpflanzung von Eierstöcken trächtiger Tiere war nur vorübergehend. Nun untersuchte Prof. Haberlandt die inneren Zusammenhänge dieser hochwichtigen Erscheinung im Sexualleben der experimentell behandelten Tiere. Da kam er zu dem Ergebnis, daß der sogenannte „gelbe Körper“ als Drüsenprodukt der abgetragenen Ovarien bei Einpflanzung und Uebertragung auf ein nichtträchtiges Tier Unfruchtbarkeit hervorruft. Diese zeitweilige Unfruchtbarkeit wird durch Uebertragung von Uebertragungsorganen wieder hergestellt. Die Sterilisierung wird nicht nur durch Einföhrung sogenannter Organpräparate erreicht, sondern auch durch Einföhrung von tabliertenartigen Präparaten in die Mundhöhle des Versuchstieres.

Sollte die Entdeckung Prof. Haberlandts aus den ersten Versuchsergebnissen herausströmen, und auf ihre Bedeutung auf Menschen experimentell erprobt werden, dann gelangt die Menschheit zu einem hervorragenden eugenetischen Mittel. Da durch die Experimente an Tieren bisher keine nachteiligen Folgen für die weitere Fruchtbarkeit festgestellt werden konnten, glaubt man ebenfalls bei Anwendung auf Menschen keine nachteiligen gesundheitlichen Folgen befürchten zu müssen.

Wer aber glaubt, daß die neue Entdeckung, die für das sexualhygienische Leben der Frauen von außerordentlicher Wichtigkeit werden kann, von allen Kreisen der Bevölkerung freudig begrüßt würde, rechnet nicht mit der Muderhaftigkeit der den 218 mit Leib und Seele verteidigenden Waisen und vermögerten Juristen und selbstamen Bevölkerungspolitikern, die lieber ein Geschlecht von Krüppeln heranwachsen lassen, als ein gesundes Geschlecht.

Grundlag des bekannten Innsbrucker Physiologen Haberlandt war gerade die Aufwärtsentwicklung des menschlichen Geschlechtes, war die Regelung der Nachkommenschaft nach eugenetischen Gesichtspunkten. Nicht zahlenmäßig viele Kinder sollen erzeugt werden, sondern voll- und hochwertige Kinder. Dieser selbstverständliche bevölkerungspolitische Grundlag kann nun durch die epodale Entdeckung Haberlandts in der Praxis verwirklicht werden, sobald das Mittel in seiner Anwendbarkeit am Menschen vollständig ausprobiert ist.

La Argentina

Vom Wesen des Tanzes.

Um es gleich zu sagen: Mir gilt sie mehr als die Wiganen. Nicht um die bedeutende ernsthafte Dresdner Gymnastikerin herabzusehen wird ich ihren Namen des Öfteren in diesem Bericht nennen. Ich will nur den Grad meiner Bewunderung für die Spanierin und dabei Grundunterchiede der Tanzauffassung kennzeichnen. Der Wiganen Tanzübungen sind ohne jeden Zusammenhang mit dem Volkstanz, meist aus frei von musikalischem Gefühl. Sie sind aus Verzweiflung darüber, daß die Ausdruckskraft des Volkstanzes bei uns verloren ging, in eine kühle abstrakte Region erhoben, welcher eine Gemeinde von Wälfen eine Heiligkeit nachsagt, die wir nicht nachprüfen können, während raffinierte Züchtung, Wert fürs Körperregiment und Gipfeltechnik festhalten. Vielleicht kann die Wiganen technisch mehr als die Spanierin, die auch nicht jung ist. Ich weiß es nicht, ich sah von der Priesterin Wagn unvergleichliche Sprünge, reizliche Variationen.

Aber was die Volkstänzerin Argentiniens, bei der alle Schöpfungen aus traditionellen Formen emporschießen, ausführt, ist ebenfalls technisch vollendet. Nur ein Ahnungsloser kann ihre Virtuosität einfach nennen. Wie sie die Hüfte auf die Brustfunde genau immer wieder zum selben Winkel zukt, wie einem märchenhaften Araberpferde gleich sie schreit, wie eine rasende Bewegung sich zusammenbricht oder allmählich veredelt, wie ihre Arme sich melodisch heben, ihre Hüfte einen Rhythmus hämmern oder sinnen, nicht nur im Tempo, auch in der Stärke wechselnd — das ist letzte Lockerung, Elan und Schönheit. Eine Eigentümlichkeit des spanischen Tanzes, die Rastgängenbegleitung, meistert sie selber während des Tanzes, zwischen idealen Handbewegungen, in einer Mannigfaltigkeit, wie ich sie nimmer für möglich gehalten hätte. Mit dem

Klappern der Holzklöße zeichnet sie eine Melodie nach vom Flüstern bis zum Gewaltschrei.

Sie tanzt auch ohne Musik, wie unsere Volkstanztänzerinnen. Dabei ist sie aber von innerer Musik erfüllt und geleitet, daß wir eine Melodie zu sehen glauben. Das Grundmotiv ihrer Tänze bleibt fast immer primitiv: Liebeswerben, Belagerung, Leidenschaft, Kampf. Das gilt manchen Tanzliteraten banal, weil ihre Schüllinge es nicht auszudrücken vermögen, ohne tömisch oder hilflos zu werden. Die tanzen Quadrate, Kreise, Monotonie, Schwingen, Punkte, Gedankenstriche. Ihre Minus erhebt sie flugs zur neuen ephischen Forderung. Sie gestalten den Raum, und ist kann mir, alter Banauze, nichts darunter vorstellen. Raum füllen, zerteilen, ausfüllen — ja. Aber eine Frau hebt die Hüfte und das soll Raumgestaltung sein? Nein. Hingegen glaube ich von der Argentinia sagen zu können: Ihre Kunst hebt den Raum auf, d. h. ich vergesse die öde Bühne, spüre Sonne, sehe Farben, Landschaft, Menschen, Geschehen.

Natürlich nützt die Argentinia die Mimik ihres schmalen Gesichtes, den Glanz der Augen und Zähne. Man lachte bei ihr. Hat man jemals gehört, daß einer bei der Wiganen oder der Karpenkummen Balucca gelacht hat? Ich bin fest überzeugt, daß gerade eine Zuschauerin, die nur aus Arbeitern bestünde, von dieser spanischen Tänzerin, deren Blut das Eisen mit dem Primitiven die Rasse gibt, viel mehr gepost, gespannt, befreit würde als von irgendjemandem gut geübten neuesten Gledermaschine. Von zehn Tänzern wurden fünf wiederholt. Jede Wiederholung erhöhte meine Freude, befestigte mein Urteil. Denn nun erkannte man tiefer den organischen Bau der Tänze, ihre Gliederung und Rednung. Wie musikalisch ist diese begnadete Frau! Wie gleitet sie in die Tänze hinein! Wie ungern verlag ich mir weitere Vergleiche und Einzelheiten! Doch ich muß noch die prachtvolle Begleiterin und tüchtige Pianistin Termenticia Perez nennen und zum Schluß mitteilen, daß ich soviel Begeisterung noch nie in einem Tanzenabend gesehen habe und daß die kostbar Gewandete oft durch den eisernen Vorhang trat. Wgd.

Proletarische Märchen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Bildungsarbeit und Erziehung ist die Säuberung der Jugend-Literatur von dem überlieferten bürgerlichen Schund und Schmutz. Unter dieser Kategorie müssen wir alle Bücher sehen, die den jungen Menschen über ein falsches, nie dagewesenes und auch nie erreichtes Scharaffenland erzählen, wie auch die Bücher, welche ihnen bewußt die wirkliche Welt verheimlichen und sie einer falschen Zoologie ausliefern.

Die vornehmsten Aufgaben eines guten Märchenbuches, einer guten Jugendliteratur ist erstens die Vermittlung einer möglichst großen Zahl neuer, den Kindern noch unbekannter Begriffe, zweitens die Anregung der kindlichen Phantasie und drittens das Prinzip, dem Kinde schon im frühesten Alter, die wirkliche Welt zu erschließen. Diese letzte Aufgabe bedeutet für die sozialistische Erziehung nichts anderes, als daß dem Kinde schon in den Gestalten der Märchenwelt, in den Helden der Jugendberählungen der Kampf der Arbeiterklasse gezeigt werden soll.

Die sozialistische Jugendliteratur entwickelt sich in den letzten Jahren immer mehr. Als eine der besten Erzählerinnen, die die oben genannten Ziele schrittweise eigen gemacht hat, ist Hermann J. zur Wühl zu empfehlen. Die drei Märchen, die im Verlag der Jugendinternationale, Berlin, vor kurzem erschienen sind, eignen sich für das Arbeiterkind nicht nur wegen ihrer Wichtigkeit (pro Heft 25 Pfennig), sondern besonders wegen des Wertes, der in diesen einfachen Märchen dem Kinde entgegenstrahlt. Die Geschichten, besonders „Die Söhne der Wälfen“ und „Der Muszjin“, zeigen dem Kinde in orientalischer Pracht einerseits die Knechtung des Volkes, sein mannichfaches Leben, andererseits bringen sie auch die Lösung des Übels, indem die Lehre eines jeden Märchens die Notwendigkeit der Verbrüderung, Vereinigung aller Arbeitenden verkündet. Das dritte Bändchen, „Said der Träumer“, wird sich eigentlich nur für etwas größere Kinder, etwa von 11 bis 12 Jahren, eignen, da die ziemlich blutige Erzählung und ihre Illustrationen bei manchem nervösen kleineren Kinde ernsthafte Gefühlsstörungen verursachen könnte. Alle drei Hefte sind aber für jedes Arbeiterkind herzlich empfohlen.

Eine interessante Erscheinung ist das Buch von Bertina Laast „Wie Franz und Grete nach Argentin kamen“, (Verlagsgesellschaft Internationaler Verlagsanstalten, Berlin.) Statt der üblichen, den Geist der Kinder verwirrenden Karl-Mary-Bücher tritt hier eine proletarische Kellerezählung auf. Das Buch erweist sich als das interessanteste eines jeden Arbeiterkinds. Das einzige, was man einwenden könnte, ist sein parteipolitischer Charakter, da das ausgesprochene Ziel ist, die Arbeiterkinder für Argentin zu entflammen. Es wäre jedenfalls wünschenswert, noch viele solche Kellerezählungen zu schreiben, deren Helden selbst Arbeiterkinder sind, aber diese sollen möglichst nicht vom Standpunkte einer Partei, sondern von dem einer Klasse aus geschrieben werden.

Wie ein proletarisches Märchenbuch nicht sein soll, dafür gibt Bela Tills „Kote Märchen“ (Friedrichs-Verlag, Leipzig) das beste Beispiel. Es genügt nicht, einem Märchenbuche eine tiefe Symbolik der Knechtung der Arbeiterklasse zugrunde zu legen, ein Märchenbuch für Arbeiterkinder (und für alle Kinder) muß überzeitlich, möglichst einfach sein. Die „Koten Märchen“ sind aber langweilig wegen der vielen Wiederholungen, und es werden sich nur sehr wenige finden, die die Verlogen des Buches auf die lebendigen Menschen anwenden können. Es genügt zum Märchen-schreiben nicht, daß man ein Sozialist ist, man muß auch vom Märchen-schreiben etwas verstehen. L. E.

Kleine Chronik.

Anna Castens, die Anfang Februar in der Aufführung des „Kudusfests“ von Paul Jess in Alton Theater gastierte, hat einen dreijährigen Vertrag mit dem Leipziger Städtischen Bühnen, vom Herbst dieses Jahres an, abgeschlossen.

Paul Graeners Hanneloper in Dresden. Die Dresdner Staatsoper bringt demnächst eine zweifelhafte Oper „Hanneloes Himmelfahrt“ von Paul Graeners zur Aufführung. Die Dichtung ist von Gerhart Hauptmann bearbeitet.

Eine Arbeiterkunst-Ausstellung in Frankreich. Im Juni d. J. soll in Montpellier eine internationale Ausstellung von Arbeiterkunst stattfinden. Das Organisationskomitee beschäftigt eine Anzahl anerkannter französischer Künstler zur Teilnahme an der Jury einzuladen.

Eine sowjetrussische Buchhandels-Agentur in Deutschland. Die sowjetrussische Handels-Gesellschaft „Mezhunarodnaja Kniga“ (Das Internationale Buch), die den Buchhandel zwischen den Ländern des Sowjetbundes und dem Ausland vermittelt, hat beschlossen, in Berlin eine Zentralagentur für den russischen Bücherexport nach Deutschland, Frankreich und der Tschechoslowakei einzurichten.

Neues Theater. Anna Pawlowa, die berühmteste Tänzerin der Welt, wird mit ihrem gesamten Ensemble (38 Tänzern und Tänzerinnen) am 16., 17. und 18. Februar im Neuen Theater gastieren. — Neben Arnets „Tanzspiel auf“, dessen Aufführung für Donnerstag den 10. Februar, anberaumt ist, bereitet die Oper eine musikalische und literarische Neuentwässerung von Smetanas „Die verkaufte Frau“ vor.